

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon zentral 062 835 12 40  
Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### Per E-Mail

Staatssekretariat für Bildung, For-  
schung und Innovation

sonja.henrich@sbfi.admin.ch

27. November 2024

### **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. September 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Gelegenheit.

Die Änderung sieht vor, das Pilotprojekt des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) zu verstetigen. Diese Studiengänge ermöglichen es Personen mit einer gymnasialen Matur sowie solchen mit einer Berufsmatura, die über keine berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf verfügen, direkt mit dem Bachelorstudium zu beginnen. Die einjährige Arbeitsweiterfahrung absolvieren sie im Rahmen des Studiums, welches sich dadurch um ein Jahr auf vier Jahre verlängert.

Zugleich wird mit der Vorlage eine notwendige sprachliche Anpassung im Bundesgesetz ("Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen" statt "Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen") vorgenommen.

Der Regierungsrat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen zu. Er begrüsst die Verstetigung der bisher bis Ende 2025 befristeten PiBS-Studiengänge, die weiterhin auf den vom Fachkräftemangel betroffenen MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) beschränkt bleiben sollen. Die PiBS-Studiengänge werden insbesondere von den beteiligten Unternehmen als eine Möglichkeit, Fachkräfte zu gewinnen, geschätzt und weisen einen höheren Frauenanteil auf als die regulären Studiengänge im MINT-Bereich. Befürchtete negative Auswirkungen auf die Bildungssystematik konnten nicht festgestellt werden. Gut ausgebildete Fachkräfte im MINT-Bereich sind für den Kanton Aargau und seine Wirtschaft von grosser Bedeutung, dazu gehören auch Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen mit ihrem praxisorientierten Studium.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth  
Landammann



Joana Filippi  
Staatsschreiberin



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
Sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Appenzell, 4. Dezember 2024

### **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

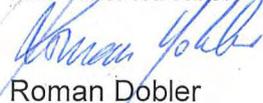
Mit Schreiben vom 4. September 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die Ergänzung des HFKG durch Art. 25a.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:



Roman Döbler

### *Zur Kenntnis an:*

- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

---

Eidg. Departement für Wirtschaft  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 28. November 2024

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. September 2024 wurden die Kantone vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung eingeladen, sich bis zum 4. Dezember 2024 zur eingangs erwähnten Vorlage vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er befürwortet die Vorlage zur Änderung des HFKG mit der vorgeschlagenen Verstetigung von PiBS. Die Ergebnisse der Wirkungsanalyse zeigen, dass PiBS auf Unternehmensebene als wertvolles und zukunftssträchtiges Instrument zur Fachkräftegewinnung und -bindung wahrgenommen wird. Diese positiven Rückmeldungen wie auch die kontinuierlich steigende Zahl der PiBS-Eintritte sprechen klar für eine Verstetigung des Programms. Auch wenn der quantifizierbare Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels bisher noch begrenzt ist, erachtet der Regierungsrat die langfristigen Perspektiven als positiv. Aus Sicht des Regierungsrates hat das Modell der PiBS das Potenzial, in den kommenden Jahren einen substanziellen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs im MINT-Bereich zu leisten. Um dieses Potenzial entfalten zu können, muss das Modell allerdings sowohl bei den potenziellen Studierenden als auch bei den Unternehmen besser sichtbar und als attraktives Modell zur Rekrutierung und Ausbildung von Fachkräften vermarktet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

per E-Mail an: sonja.henrich@sbf.admin.ch

RRB Nr.: 1192/2024  
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

27. November 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG). Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zu der vorgesehenen Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zu äussern. Der Kanton Bern unterstützt die Bestrebung, den Fachhochschulen dauerhaft die Möglichkeit einzuräumen, das Studienmodell praxisintegrierter Bachelorstudiengänge (PiBS) im MINT-Bereich anzubieten. Er ist auch mit dem Ansinnen einverstanden, dieses Modell weiterhin ausschliesslich auf den MINT-Bereich zu begrenzen. In diesem Sinne stimmt der Kanton Bern der vorgeschlagenen Anpassung des HFKG zu.

Zu klären bleibt allerdings im Hinblick auf den künftigen Vollzug, wie der allgemein gehaltene Begriff «MINT-Bereich» in Anbetracht der im HFKG vorgesehenen Begriffe «Fachbereich» bzw. «Fachbereichsgruppe» genau auszulegen ist. Das breite Dach des «MINT-Bereichs» erfordert im Rahmen der Verstetigung des Vollzugs auf Verordnungsebene eine präzise Eingrenzung des Feldes der PiBS-zugelassenen Studiengänge, um Ungleichbehandlungen zu vermeiden.

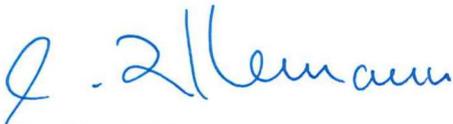
Für den Studiengang Wirtschaftsinformatik (Fachrichtung) etwa sind diesbezüglich noch Schärfungen angezeigt, führen doch nicht alle Fachhochschulen ihre diesbezüglichen Studiengänge im Fachbereich «Wirtschaft und Dienstleistungen», sondern mit Beispiel der HES-SO unter dem «MINT-Dach». Ähnliches lässt sich für die breite Fachbereichsgruppe «Land- und Forstwirtschaft, Chemie und Life Sciences» festhalten. Dabei sollte die Dynamik von neuen Studiengängen nicht unterschätzt werden. So war bereits unter der Verordnung des WBF über den Zugang zu Fachhochschulstudiengängen mit integrierter Praxis der Fachbereich «Life Sciences» mit drei Studiengängen (Life Science Technologies, Life Technologies und Molecular Life Sciences) vertreten, nicht jedoch die Studiengänge Lebensmitteltechnologie oder Life Sciences Engineering, wobei auch letzterer bereits als PiBS angeboten wird.

Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob das im erläuternden Bericht zur gegenständlichen Vorlage beschriebene Vorgehen, nämlich die «Zulassungsverordnung anpassen und dabei inhaltlich die entsprechenden Regelungen der bis Ende 2025 geltenden WBF-Verordnung über den Zugang zu Fachhochschulstudiengängen mit integrierter Praxis übernehmen» zielführend ist. Die aktuelle Zulassungsverordnung FH regelt die Zulassung ausschliesslich auf Stufe «Fachbereich». Sie enthält jedoch keine Liste mit Studiengängen, die wahrscheinlich regelmässig angepasst bzw. aktualisiert werden müsste. Entsprechend wäre in der Zulassungsverordnung FH ggf. eine «inhaltliche Regelung» auf Stufe Fachbereich stringenter und nachhaltiger umzusetzen (i.e. in welchen Fachbereichen PiBS von den FH angeboten werden dürfen) als auf Stufe Studiengang.

Der Regierungsrat bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**



Evi Allemann  
Regierungspräsidentin



Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler

- Bildungs- und Kulturdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und  
Innovation SBFI  
Henrich Sonja  
Per E-Mail an: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Liestal, 12. November 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG), Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Frau Henrich

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat mit seinem Schreiben vom 4. September 2024 die Kantone dazu eingeladen, Stellung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zu nehmen. Gerne lassen wir Ihnen hiermit die Stellungnahme des Kantons Basel-Landschaft zukommen.

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt, dass das berufsbegleitende Studium generell gefördert wird. Der Fokus der Förderung berufsbegleitender Studiengänge sollte jedoch verstärkt auf bereits ausgebildeten Fachkräften liegen. Sie sollen berufsbegleitend studieren können und der Wirtschaft bereits bei Studienbeginn zur Verfügung stehen. Beim PiBS ist dies jedoch anders: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten können beispielsweise nicht bei Studienbeginn direkt als Fachkräfte in einem Labor tätig sein, da sie über keine entsprechende spezifische Ausbildung verfügen. Diese spezifischen Arbeitserfahrungen sammeln die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erst während des Studiums. Im Gegensatz dazu bringen die ausgebildeten Fachkräfte diese spezifischen Arbeitserfahrungen bereits bei Studienbeginn mit.

Der Kanton Basel-Landschaft spricht sich deshalb aus den folgenden Gründen dezidiert gegen die Änderungen des HFKG, namentlich gegen die Verstetigung des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS), aus:

Das PiBS-Modell stellt eine Veränderung des dualen Bildungssystems dar, da es Gymnasiastinnen und Gymnasiasten den Zugang zu einem Fachhochschulstudium ohne vorherige Berufserfahrung ermöglicht. Dadurch treten sie in direkte Konkurrenz mit Auszubildenden, da die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze für qualifizierte Fachkräfte begrenzt ist. Darüber hinaus entsteht eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Bildungswege. Wenn das PiBS-Programm Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Möglichkeit bietet, die fehlende Berufspraxis während des Studiums zu erwerben, wäre es konsequent, auch Berufsmaturanden einen Studiengang an Universitäten anzubieten, der es ihnen erlaubt, ihre fehlenden akademischen Kompetenzen während des Studiums nachzuholen. Ein solches Modell wäre jedoch kaum mehrheitsfähig. Daher sollte das

PiBS-Modell im Sinne der Gleichbehandlung abgelehnt werden, um die Profile der tertiären Bildungswege klar zu definieren und zu stärken, statt sie zu verwässern.

Die Resultate der Wirkungsanalyse zeigen zudem, dass der Pilotversuch PiBS das gesetzte Ziel nicht erreicht hat: PiBS leistet bisher quantitativ und makroökonomisch keinen Beitrag zur Eindämmung des Fachkräftemangels (siehe Berichterstattung des SBFI zur Wirkungsanalyse 2023). Das ist ein unzureichendes Ergebnis, um dafür an den grundlegenden Prinzipien des Bildungssystems Veränderungen vorzunehmen.

Der Auftrag von Fachhochschulen ist eindeutig: Studierende werden durch praxisorientierte Studiengänge sowie anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung auf den beruflichen Einstieg vorbereitet. Das Ziel ist, dass Absolventinnen und Absolventen unmittelbar nach ihrem Abschluss in Unternehmen oder Organisationen effektiv eingesetzt werden können. Fachhochschulen sollen sich nicht in Richtung Universitäten entwickeln. Wenn sie sich vermehrt auf Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten ausrichten, wird die geforderte Praxisorientierung geschwächt. PiBS trägt dazu bei, dass sich Fachhochschulen weiter von der Praxisorientierung und damit von ihrem Auftrag entfernen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bittet um Berücksichtigung seiner Anliegen im Rahmen der Vernehmlassung.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

An das  
Eidgenössische Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und  
Innovation SBF  
Einsteinstrasse 2  
3005 Bern

E-Mailversand an:  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Basel, 26. November 2024

### Regierungsratsbeschluss vom 26. November 2024

#### Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und –koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. September 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt stimmt der vorgeschlagenen Änderung des HFKG aus bildungssystematischen Gründen nicht zu. Er sieht keinen Grund, im MINT-Bereich bei Absolventinnen und Absolventen einer gymnasialen Matur von der Anforderung der einjährigen Arbeitswelterfahrung beim Zugang zu einer Fachhochschule abzuweichen. Die bildungssystematische Logik, die den Zulassungsregelungen zu den schweizerischen Hochschulen zugrunde liegt, erachtet der Regierungsrat grundsätzlich für stimmig. Zeitumständen geschuldete Sonderbehandlungen von einzelnen Fachbereichen auf Gesetzesstufe sollten vor diesem Hintergrund wenn immer möglich vermieden werden.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Leiterin Bereich Hochschulen, Frau Dr. Ariane Bürgin, E-Mail: ariane.buergin@bs.ch, Tel. 061 267 40 10, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40  
www.fr.ch/ce

d  
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

## **PAR COURRIEL**

Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche DEFR  
Monsieur Guy Parmelin  
Conseiller fédéral  
Palais fédéral est  
3003 Berne

*Courriel* : [Sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:Sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

*Fribourg, le 26 novembre 2024*

2024-1025

### **Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) : réponse à la consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions de la consultation mentionnée en titre. Nous saluons la modification proposée visant à pérenniser la possibilité donnée aux Hautes écoles spécialisées, dans le domaine MINT, d'autoriser un accès direct aux filières d'études bachelor intégrant une partie pratique (PiBS) aux titulaires d'un certificat de maturité gymnasiale (MG) ou aux titulaires d'un certificat de maturité professionnelle (MP) n'ayant pas suivi de formation professionnelle initiale. Cette mesure a été utilisée au sein de la HES-SO et a fait ses preuves. Sa pérennisation, dans un contexte de pénurie aiguë pour certains métiers, est totalement pertinente. Dans le cadre de l'établissement de l'ordonnance et de la démarche visant à préciser les filières PiBS, il importera de prévoir la flexibilité nécessaire pour inclure l'ensemble des filières MINT proposées au sein des HES, telles que définies par l'OFS (Informatique, Technique, Construction, Chimie & Life Sciences, Autres MINT).

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

**Copie**

à la Direction de d d r r , pour elle et HES-SO//FR ;  
à la Direction la formation et des affaires culturelles ;  
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 27 novembre 2024

## Le Conseil d'Etat

4729-2024

Département fédéral de l'économie, de  
la formation et de la recherche  
Monsieur Guy Parmelin  
Conseiller fédéral  
*Envoi par courriel*  
Madame Sonja Henrich  
[Sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:Sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

### Concerne : **modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance avec intérêt du projet de révision partielle de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) et vous en remercie.

Notre Conseil approuve la révision partielle de la LEHE par le biais de l'ajout de l'art. 25a tel que proposé.

Notre Conseil soutient ainsi la pérennisation du projet pilote PiBS qui permet aux détentrices et détenteurs d'un certificat de maturité gymnasiale ou d'un certificat de maturité professionnelle dans un autre domaine d'études d'accéder directement aux filières d'études bachelor intégrant une partie pratique dans le domaine MINT (mathématiques, informatique, sciences naturelles et technique). Ce dispositif représente un instrument supplémentaire pour atténuer la pénurie de personnel qualifié à laquelle notre canton est sensible.

Vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

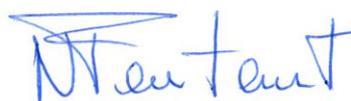
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :



Nathalie Fontanet

Annexe : prise de position

## Annexe : Prise de position

### **Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)**

Le projet pilote PiBS a rempli ses objectifs d'augmenter le nombre de diplômés dans les disciplines MINT, de renforcer l'orientation pratique des titulaires d'une maturité gymnasiale et d'accroître la proportion de femmes dans ce domaine.

En conséquence, le Conseil d'Etat du canton de Genève approuve la révision partielle de la LEHE avec l'ajout de l'art. 25a tel que proposé. La pérennisation du projet pilote PiBS permettra aux détentrices et détenteurs d'un certificat de maturité gymnasiale ou d'un certificat de maturité professionnelle dans un autre domaine d'études la possibilité d'accéder directement aux filières d'études bachelor intégrant une partie pratique dans le domaine MINT (mathématiques, informatique, sciences naturelles et technique).

Bien que ses effets ne soient pas visibles sur le plan macroéconomique, en raison de la faible proportion des effectifs PiBS en comparaison de celles des filières standards, la filière a un réel impact au niveau microéconomique, comme en témoignent les entreprises concernées. Le modèle PiBS renforce en outre les liens entre les hautes écoles spécialisées et les entreprises.

**Regierungsrat**  
Rathaus  
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
3003 Bern

Glarus, 26. November 2024  
Unsere Ref: 2024-829 / SKGEKO.4683

**Vernehmlassung i. S. Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG): Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiengangs PiBS**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die unbefristete Verstetigung des anlässlich der Pilotphase bewährten und evaluierten Studienmodells für praxisorientierte Bachelorstudiengänge im MINT-Bereich begrüssen wir.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**

  
Kaspar Becker  
Landammann

  
Arpad Baranyi  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)



Sitzung vom

26. November 2024

Mitgeteilt den

27. November 2024

Protokoll Nr.

907/2024

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per E-Mail an:

sonja.henrich@sbfi.admin.ch (PDF- und Word-Version)

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Möglichkeit zur Vernehmlassung in vorbezeichneter Angelegenheit danken wir Ihnen.

Die Regierung des Kantons Graubünden unterstützt die vorgeschlagene Neuregelung gemäss Art. 25a HFKG und die Verwendung der neuen Bezeichnung «Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen». Mit dem unbefristeten Anbieten von sogenannten praxisintegrierten Bachelorstudiengängen (PiBS) im MINT-Bereich wird ein zusätzliches Instrument zur Linderung des Fachkräftemangels und zur Stärkung der Praxisorientierung der Fachhochschulausbildungen zur Verfügung gestellt. PiBS haben keine negativen Auswirkungen auf die Bildungssystematik. Entgegen den ursprünglichen Bedenken zeigte sich im Rahmen des Pilotprojekts des praxisorientierten Bachelorstudiengangs PiBS, dass keine Lehrplätze in den teilnehmenden Unternehmen verdrängt wurden.

Insbesondere sprechen folgende Gründe für die vorliegende Teilrevision des HFKG:

Die Attraktivität von PiBS zeichnet sich insbesondere durch die Kombination von Studium und Praxis im Unternehmen aus.

Im Vergleich zu anderen MINT-Studiengängen ist der Frauenanteil in PiBS-Modellen erhöht. Ein erhöhter Frauenanteil dürfte auch in Zukunft zu erwarten sein, was sehr zu begrüßen ist.

Auf der Ebene von Einzelunternehmen können PiBS zu einer Minderung des Fachkräftemangels beitragen.

Die FH Graubünden hat solche Studiengänge (z. B. im Bauingenieurwesen sowie im Bereich Computational and Data Science) bereits durchgeführt und damit gute Erfahrungen gemacht.

Für die Kenntnisnahme unserer Ausführungen danken wir Ihnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche (DEFR)  
Monsieur Guy Parmelin  
Conseiller fédéral  
Palais fédéral  
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Par courriel à [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Delémont, le 26 novembre 2024

## **Consultation sur la modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le 4 septembre 2024, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation relative aux mesures visant à modifier la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE). Le Gouvernement jurassien vous remercie de le consulter.

Dans cette consultation, il est question de pérenniser le projet pilote PiBS (*Praxisintegriertes Bachelorstudium* – Bachelor intégrant une partie pratique) en l'inscrivant dans la LEHE (Art. 25a). La base légale sur laquelle repose actuellement le PiBS n'étant plus valable dès le 1<sup>er</sup> janvier 2026, une modification de la réglementation est nécessaire.

Le Gouvernement jurassien a suivi le développement réjouissant du PiBS dans les Hautes écoles spécialisées (HES) et sa contribution à l'atténuation de la pénurie de personnel qualifié. Les filières d'étude MINT (mathématiques, informatique, sciences naturelles, technologie) sont importantes pour le tissu économique jurassien. Aussi, il rejoint les conclusions du Conseil des hautes écoles de la Conférence suisse des hautes écoles (CSHE) et est favorable aux mesures visant à augmenter l'apport d'étudiants dans les études correspondantes. En premier lieu, il pense à la Haute école Arc et son domaine Ingénierie.

En conclusion, le Gouvernement jurassien est favorable aux modifications légales envisagées dans la LEHE pour pérenniser le modèle PiBS. Une telle modification permet de valoriser la maturité gymnasiale, en offrant un accès direct aux HES aux porteurs de ce titre.

Tout en vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à sa prise de position, le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Rosalie Beuret Siess  
Présidente



  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'État

**Bildungs- und Kulturdepartement**

Bahnhofstrasse 18  
6002 Luzern  
bkd.lu.ch

**per E-Mail**

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Luzern, 19. November 2024

Protokoll-Nr.: 1269

**Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG): Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur Änderungen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) und damit zur Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) eine Stellungnahme abgeben zu können.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir die Verstetigung der PiBS-Angebote begrüssen. Die Wirkungsanalyse, die der Schweizerischen Hochschulkonferenz im Februar 2024 vorgelegen hat, zeigt, dass die Beteiligten (Unternehmen, FH, Studierende und Absolvierende) PiBS positiv beurteilen. Der Frauenanteil ist in den PiBS-Angeboten höher als bei herkömmlichen Studiengängen im MINT-Bereich und die Absolvierenden verfügen über eine hohe Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit. Die Studie zeigt, dass durch die PiBS-Angebote keine negativen Auswirkungen auf die Bildungssystematik im MINT-Bereich erkennbar sind. Es findet also keine Verdrängung von Lehrstellen EFZ statt und die Berufsmaturität ist als Hauptzubringerin dieser Fachhochschulstudiengänge nicht gefährdet.

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Dr. Armin Hartmann  
Regierungsrat  
041 228 81 43  
armin.hartmann@lu.ch



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

### Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche (DEFR)  
Palais fédéral est  
3003 Berne

### **Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et canton de Neuchâtel a pris connaissance de la consultation, citée en titre, ouverte par le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) et vous remercie de lui donner la possibilité de prendre position sur le projet de révision de la LEHE.

Le projet de révision partielle, tel que proposé, n'appelle pas de remarques particulières de la part du Conseil d'État. C'est avec satisfaction qu'il prend acte de l'intention d'introduire un nouvel article 25a, formalisant au niveau de la LEHE, le régime dérogatoire souhaité par le Conseil des hautes écoles, qui autorise les hautes écoles spécialisées à admettre, sans examen et dans une filière d'études bachelor limitée aux domaines des mathématiques, de l'informatique, des sciences naturelles et de la technique, les titulaires d'une maturité professionnelle fédérale n'ayant pas suivi de formation professionnelle dans une profession non apparentée au domaine d'études choisi, ainsi que les titulaires d'une maturité fédérale.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 27 novembre 2024



Au nom du Conseil d'État :

*La présidente,*  
F. MATER

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

**PER E-MAIL**

Herr Bundesrat  
Guy Parmelin  
Vorsteher WBF  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 12. November 2024

**Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG). Verstetigung des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs PiBS. Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Änderungen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG).

Wir erachten die Verstetigung betreffend das Pilotprojekt des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs PiBS als probates Mittel zur Linderung des Fachkräftemangels und zur Stärkung der Praxisorientierung an Fachhochschulen im MINT-Bereich. Dementsprechend begrüssen wir die vorgeschlagene Neuregelung auf ganzer Linie.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

  
Res Schmid  
Landammann



  
lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber

Geht an:

- sonja.heinrich@sbfi.admin.ch



CH-6060 Sarnen, BKD

**Per E-Mail**

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Sarnen, 23. Oktober 2024

**Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG): Stellungnahme des Kantons Obwalden**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Mit Schreiben vom 4. September 2024 gewähren Sie uns die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG). Besten Dank.

Aus Sicht des Kantons Obwalden teilen wir Ihnen mit, dass wir der Verstetigung des Pilotprojekts des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs PiBS zustimmen.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdepartement BKD



Christian Schaeli  
Regierungsrat

Kopie an:  
- Staatskanzlei

Bildungs- und Kulturdepartement BKD  
Brünigstrasse 178, 6060 Sarnen  
Tel. 041 666 62 41  
[christian.schaeli@ow.ch](mailto:christian.schaeli@ow.ch)  
[www.ow.ch](http://www.ow.ch)





Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 18. November 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. September 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (SR 414.20; abgekürzt HFKG) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Verstetigung der praxisintegrierten Studiengänge (PiBS) im MINT-Bereich erfordert eine Güterabwägung zwischen der Einhaltung der Bildungssystematik einerseits und der Bekämpfung des Fachkräftemangels andererseits. Mit einer allfälligen Verstetigung der PiBS wird die Berufsmaturität (BM) in Verbindung mit einer beruflichen Grundbildung in einem dem Fachbereich verwandten Beruf (Art. 25 Abs. 1 Bst. a HFKG) als einziger direkter Zugangsweg zum Fachhochschulstudium in Frage gestellt und die Symmetrie der beiden Bildungswege Berufs- und gymnasiale Maturität geschwächt.

Der Kanton St.Gallen schliesst sich den Überlegungen der Schweizerischen Hochschulkonferenz dennoch grundsätzlich an: In Anbetracht der positiven Erfahrungen der an PiBS-MINT beteiligten Unternehmen, Fachhochschulen, Studierenden und Absolvierenden, der hohen Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit von PiBS-MINT-Absolvierenden, der zumindest auf Unternehmensebene feststellbaren Linderung des Fachkräftemangels, dem gegenüber den gewöhnlichen MINT-Fächern erhöhten Frauenanteil und dem Ausbleiben von negativen Auswirkungen auf den Berufsbildungsweg unterstützt der Kanton St.Gallen die Verstetigung von PiBS im MINT-Bereich. Jedoch soll der direkte Zugangsweg für gymnasiale Maturandinnen und Maturanden im MINT-Bereich aus heutiger Sicht nicht auf weitere Fachbereiche ausgeweitet werden.

Die Vorlage sieht im neuen Art. 25a Abs. 3 HFKG vor, dass der Hochschulrat neben der Regelung der Zulassungsvoraussetzungen auch eine regelmässige Evaluation von PiBS durchführt. Eine allgemeine Evaluationspflicht ist bereits in Art. 69 Abs. 1 HFKG festgehalten. Eine ausdrückliche Evaluationspflicht für PiBS durch den Hochschulrat ist aus unserer Sicht nur dann sinnvoll, wenn damit auch die Möglichkeit einhergeht, dass der Hochschulrat im Fall eines schlechten Evaluationsergebnisses Konsequenzen auslösen kann. Ansonsten ist die «regelmässige Evaluation» von PiBS ersatzlos zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Susanne Hartmann  
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)**

**Kanton Schaffhausen  
Regierungsrat**

Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

F +41 52 632 71 11  
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

---

Bundesrat Guy Parmelin  
Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF

Per Mail (PDF- und Word-Datei)  
an: sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Schaffhausen, 19. November 2024

**Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) vom 30. September 2011.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgesehene Teilrevision des HFKG, welche eine Verstetigung der Praxisintegrierten Bachelorstudiengänge (PiBS) im MINT-Bereich an Fachhochschulen (FH) vorsieht. Er ist der Ansicht, dass duale Studiengänge mit Praxisintegration dem Ziel der Fachhochschulen, eine praxisorientierte Ausbildung zu bieten und auf berufliche Tätigkeiten vorzubereiten, entsprechen. Insgesamt nimmt die Schaffhauser Regierung erfreut Kenntnis davon, dass sich das Modell PiBS bewährt und offenbar den Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht. Zudem begrüsst sie es, dass mit der Verstetigung der PiBS im MINT-Bereich für Gymnasialmaturandinnen und -maturanden sowie für Berufsmaturandinnen und -maturanden ohne Grundausbildung in einem mit der Studienrichtung verwandten Beruf mehr Hochschuloptionen eröffnet werden und die Durchlässigkeit tendenziell erhöht wird. Die in einem PiBS erworbene Praxiserfahrung stellt nach Ansicht des Regierungsrates eine valable Alternative zur vorgängigen einjährigen Arbeitswelterfahrung nach Art. 25 Abs. 1 lit. b HFKG dar.

Dem Regierungsrat ist es wichtig, dass das Angebot von PiBS keine Lehrstellen verdrängt und zudem der «Königsweg» an die FH (via Lehre und Berufsmaturität [BM]) nicht geschwächt wird. Er nimmt die positiven Ergebnisse der Wirkungsanalyse zur Kenntnis, wonach keine Lehrstellen verdrängt würden und die BM-Absolvierenden an den FH im MINT-Bereich weiterhin in der klaren Mehrheit seien. Angesichts der gegenwärtig noch kleinen Untersuchungsgrößen sollten die Auswirkungen auf die Bildungssystematik allerdings weiterhin beobachtet werden.

Im Übrigen begrüsst der Regierungsrat die neue Verwendung des Begriffs «Konferenz der RektorInnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen» im HFKG im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache.

Zusammenfassend ergibt sich aus den obenstehenden Ausführungen, dass der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen die Vorlage unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident:

  
*Patrick Strasser*

Der Staatsschreiber:

  
*Dr. Stefan Bilger*

## **Regierungsrat**

*Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
so.ch*

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF  
Herr Bundesrat Guy Parmelin  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per E-Mail an  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

26. November 2024

### **Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG).

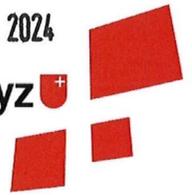
Der Regierungsrat des Kantons Solothurn begrüsst die vorgeschlagene Änderung des HFKG, namentlich, dass die Neuregelung das Pilotprojekt des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) verstetigen und mit dem Bundesgesetz in Einklang bringen soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Sig.  
Peter Hodel  
Landammann

Sig.  
Andreas Eng  
Staatschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

**per E-Mail**

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Schwyz, 19. November 2024

**Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. September hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung des HFKG zur Vernehmlassung bis 4. Dezember 2024 unterbreitet.

Nachdem die Wirkungsanalyse zur Pilotphase 2015 bis 2023 von PiBS-MINT insgesamt ein positives Ergebnis zeigt, stimmt der Regierungsrat der Verstetigung dieses Angebots und somit der vorgeschlagenen Änderung des HFKG zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung (WBF)  
Herr Guy Parmelin  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 3. Dezember 2024

Nr. 771

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Vorlage. Die Revision beinhaltet die Verstetigung des Versuchs zu den praxisintegrierten Bachelorstudiengängen (PiBS) an Fachhochschulen. Dieser Versuch wurde 2014 im Rahmen der Bemühungen gegen den Fachkräftemangel im MINT-Bereich eingeführt. Die PiBS erlauben den direkten Zugang zum Fachhochschulstudium für Inhaberinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität oder einer Berufsmaturität ohne berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf. Normalerweise müssen Studieninteressierte ohne die jeweilige berufliche Grundbildung ein Jahr Berufspraxis vor Beginn des Studiums absolviert haben. Im Falle der PiBS ist dies nicht nötig. Die berufspraktische Ausbildung wird während des Studiums nachgeholt, das deshalb ein Jahr länger dauert.

Eine Evaluation der PiBS kam zum Schluss, dass sie auf makroökonomischer Ebene keine Wirkung gegen einen allfälligen Fachkräftemangel erzielen. Es bestehen auch bildungssystematische Vorbehalte: Die PiBS machen den Eintritt ins Fachhochschulstudium für Personen ohne Berufsausbildung wesentlich einfacher, indem die Absolvierung der Praxisanteile ins Studium integriert ist und nicht in eigener Verantwortung vorgängig stattfindet. Die Profilierung der Hochschultypen über die Differenzierung ihrer Zugänge wird somit verwischt. Problematisch an der beantragten Verstetigung der PiBS ist ausserdem, dass diese nur für MINT-Studiengänge gelten soll.

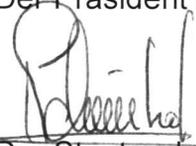
Eine Verstetigung lässt sich hingegen mit positiven Effekten auf einzelbetrieblicher Ebene – also bei Praxisbetrieben rechtfertigen. Auch wurden die Erfahrungen mit PiBS-Absolvierenden als gut beschrieben. Zudem zeigte sich in den PiBS ein höherer Frauenanteil als in Regelstudiengängen, was im MINT-Bereich angestrebt wird. Der Regierungsrat stimmt deshalb der vorliegenden Gesetzesrevision insbesondere auch mit Blick auf die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu.

2/2

Für allfällige weitere Pilotprojekte ist mehr Zurückhaltung bei der Übernahme in den Regelbetrieb wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

  
Der Staatsschreiber





## Il Consiglio di Stato

Signor Consigliere federale  
Guy Parmelin  
Dipartimento federale dell'economia,  
della formazione e della ricerca DEFR

*Invio per posta elettronica pdf e word*  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

### **Procedura di consultazione sulla modifica della legge federale sulla promozione e sul coordinamento del settore universitario svizzero (LPSU)**

Egregio Consigliere federale,

la ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimerci in merito al progetto di modifica della legge federale sulla promozione e sul coordinamento del settore universitario svizzero (LPSU).

Il Cantone Ticino, in qualità di membro della Conferenza svizzera delle scuole universitarie (CSSU), riconosce l'importanza del tema oggetto della modifica di legge, e ha preso debita conoscenza dei risultati che la sperimentazione dei cicli di studio bachelor delle scuole universitarie professionali con pratica integrata (PiBS) nei campi della matematica, dell'informatica, delle scienze naturali e della tecnologia (MINT) ha raggiunto, nonché del rapporto di analisi d'impatto redatto da Econcept nel 2023, su mandato della Segreteria di stato per la formazione e la ricerca (SEFRI).

Rispetto agli obiettivi prefissati dal progetto PiBS di agevolare la formazione di lavoratori e lavoratrici qualificati nei settori MINT consentendo l'accesso alla formazione anche a persone che hanno ottenuto una maturità liceale e di incrementare il numero di donne che intraprendono tale percorso formativo, dalle analisi d'impatto si evince che tutti gli attori coinvolti nella sperimentazione si sono ritenuti soddisfatti e che si registra un incremento, seppur non elevato, delle donne che affrontano tali percorsi.

In particolare, le aziende si dichiarano molto soddisfatte del programma e decisamente favorevoli al consolidamento del PiBS, valutando positivamente l'elevato grado di competenze e di occupabilità dei laureati PiBS.

Si riscontra al contempo il fatto che i PiBS

- non hanno avuto effetti negativi sul sistema formativo né sull'accesso alle SUP, rimanendo di fatto cicli di studio di nicchia,
- non erodono i posti di tirocinio offerti dalle aziende e
- non abbassano il livello di insegnamento presso le SUP.

RG n. 5321 del 6 novembre 2024

Si sottolinea anche che l'interesse per i PiBS, pur rimanendo un'offerta di nicchia, è cresciuto nel corso degli anni, grazie all'impegno congiunto delle SUP e delle aziende, in stretta collaborazione.

Ritenendo, dunque, che i PiBS possano essere un ulteriore e valido strumento per contribuire a ridurre la carenza di manodopera nel settore MINT, a rafforzare l'orientamento pratico delle formazioni offerte dalle SUP e ad aumentare la percentuale di donne nei settori considerati, il Cantone Ticino è a favore della modifica legislativa proposta, volta ad ancorare nella LPSU la possibilità per le SUP di offrire cicli di studio bachelor con pratica integrata, finora offerti solo in via sperimentale.

Rispetto al nuovo articolo di legge, considerando il fatto che il miglioramento che ha portato il modello PiBS rispetto al percorso di studi classico rimane ancora non elevato, si sottolinea l'importanza di svolgere in maniera minuziosa e continua la valutazione periodica menzionata nel cpv. 3 dell'articolo 25a, al fine di monitorare nel tempo la fattiva efficacia e utilità del modello.

Voglia gradire, egregio Consigliere federale, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

  
Christian Vitta

Il Cancelliere

  
Arnaldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Herr Bundesrat  
Guy Parmelin  
3003 Bern

### Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. September 2024 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Die beantragte Änderung soll das Pilotprojekt des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) verstetigen und mit dem Bundesgesetz in Einklang bringen, zumal die heutige gesetzliche Abstützung von PiBS diesen Anforderungen ab dem 1. Januar 2026 nicht mehr genügt. Dieses Anliegen ist für uns nachvollziehbar begründet, weshalb wir es unterstützen. Ebenso unterstützen wir die vorgeschlagene sprachliche Anpassung im Bundesgesetz. Somit stimmen wir der vorliegenden Änderung zu.

Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen, danken wir.

Altdorf, 26. November 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli





2024.04502

**P.P.** CH-1951  
Sion

Poste CH SA

Monsieur  
Guy Parmelin  
Conseiller fédéral  
Chef du Département fédéral de  
l'économie, de la formation et de la  
recherche  
Palais fédéral est  
3003 Berne



Notre réf. YR/HGS  
Votre réf.

Date 20 novembre 2024

## Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) : réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre correspondance du 4 septembre dernier concernant l'objet cité en référence nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Après un examen approfondi, nous vous transmettons ci-après, la position du Conseil d'Etat valaisan.

Le Conseil d'Etat salue la volonté de pérenniser le PiBS (Bachelor intégrant une partie pratique) pour le domaine MINT, en l'ancrant dans la LEHE à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2026. L'évaluation de 2019 et l'analyse d'impact de 2023 sur le projet pilote PiBS soulignent la pertinence de cet instrument et son potentiel en termes de lutte contre la pénurie de personnel qualifié dans les filières du domaine MINT, de promotion des femmes dans le domaine MINT, de complémentarité avec les parcours de formation existants ainsi qu'en termes d'objectifs formatifs pour les étudiants et entreprises participants.

Outre la satisfaction de toutes les parties prenantes (hautes écoles, entreprises participantes, étudiants et diplômés), nous relevons que la phase pilote a eu un effet positif sur la formation de personnel qualifié dans les domaines MINT en Suisse. Sur le plan national, le nombre d'étudiants PiBS a constamment augmenté et la part des étudiantes y est légèrement plus élevée que dans les filières MINT « classiques ». En Valais, les effectifs d'étudiants PiBS s'élèvent à plus d'une centaine actuellement (10 à 15 % des effectifs estudiantins des différentes filières MINT de la HES-SO Valais-Wallis et de la FFHS).

Le choix des formations PiBS dans les différentes filières concernées s'est élargi et toutes les HES de Suisse proposent désormais de tels programmes. Il s'agit d'une offre de formation complémentaire en termes d'accès aux études et de réponse aux attentes du marché du travail suisse. Le Canton du Valais est par ailleurs heureux de constater aucune répercussion négative sur le système de formation dans son ensemble. Les PiBS constituent un avantage pour les employeurs qui engagent des étudiantes et étudiants dans ces programmes et qui bénéficient très souvent de leurs compétences une fois leurs études terminées.

Ce dispositif complémentaire répond donc à un réel besoin des entreprises et, pour les filières PiBS de la HES-SO Valais-Wallis, nous relevons que tant des grandes entreprises dans le canton ou hors canton (Groupe Mutuel, Lonza, Nestlé, Merck, etc.) que des PME locales sont impliquées.

Cependant, nous remarquons que la difficulté de trouver une place de travail adéquate auprès d'un employeur disposé à accueillir un étudiant PIBS peut représenter un obstacle. Il conviendrait de sensibiliser les entreprises privées et publiques à cette question, tout en soulignant les réussites de partenariats entreprises déjà réalisés par les HES.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre prise de position dans le cadre de cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen

La chancelière

Monique Albrecht



Copie à par courriel à [sonja.henrich@sbf.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbf.admin.ch)

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat Guy Parmelin  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Zug, 19. November 2024 rv

**Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) – Stellungnahme Kanton Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. September 2024 haben Sie die Kantone eingeladen, sich zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zu äussern. Gerne nimmt der Regierungsrat wie folgt Stellung:

Ein praxisintegrierter Bachelorstudiengang (PiBS) bietet Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmaturitätsschule oder einer allgemeinbildenden Mittelschule die Möglichkeit, ein Fachhochschulstudium ohne eine sogenannte einjährige Arbeitswelterfahrung (AWE) vor dem Start des Studiums zu beginnen. Diese AWE wird somit ins Studium integriert, was letztlich bedeutet, dass es sich bei PiBS um ein ergänzendes Bildungsangebot handelt. Nun soll es aus der Befristung gelöst und verstetigt werden. Hierfür benötigt es eine Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG).

Wir begrüssen die Verstetigung des PiBS. Dies auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im MINT-Bereich. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, weshalb ein PiBS auf diesen Bereich beschränkt bleiben soll. Immerhin zeigt sich in verschiedenen Branchen, namentlich in der Pflege, ebenfalls ein akuter Fachkräftemangel.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass der Regelzugang zu einem Fachhochschulstudium weiterhin über die Berufsbildung bzw. die Berufsmaturität erfolgen muss. Dieser Königsweg hat sich bewährt und verhindert eine Kannibalisierung vonseiten des gymnasialen Wegs. In diesem Sinn darf es mit der Verstetigung des PiBS nicht zu einer Verdrängung auf Kosten der Berufsbildung oder der -maturität kommen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Silvia Thalmann-Gut  
Frau Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch) (PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Direktion für Bildung und Kultur ([info.dbk@zg.ch](mailto:info.dbk@zg.ch))
- Amt für Berufsbildung ([berufsbildung@zg.ch](mailto:berufsbildung@zg.ch))
- Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug GIBZ ([sekretariat@gibz.ch](mailto:sekretariat@gibz.ch))
- Kaufmännisches Bildungszentrum Zug KBZ ([info.kbz@zg.ch](mailto:info.kbz@zg.ch))
- Volkswirtschaftsdirektion ([info.vds@zg.ch](mailto:info.vds@zg.ch))
- Staatskanzlei mit Auftrag zur Veröffentlichung auf der Homepage ([info.staatskanzlei@zg.ch](mailto:info.staatskanzlei@zg.ch))



Elektronisch an [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)



**Kanton Zürich  
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch  
Tel. +41 43 259 20 02  
Neumühlequai 10  
8090 Zürich  
zh.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern

13. November 2024 (RRB Nr. 1172/2024)

**Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. September 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes vom 30. September 2011 über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG, SR 414.20) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Den Fachhochschulen soll die Möglichkeit eingeräumt werden, das bewährte und evaluierte Studienmodell der Praxisintegrierten Studiengänge (PiBS) im MINT-Bereich unbefristet anbieten zu können.

Die Attraktivität von PiBS ergibt sich insbesondere durch die Kombination von Studium und Praxis in den Unternehmen. Absolvierende dieser Studiengänge verfügen dementsprechend über eine sehr gute Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit. Das Interesse an PiBS nimmt zu, trotzdem stellen die neuen Studiengänge keine Konkurrenz zur Berufsbildung dar. Es sind deshalb keine negativen Auswirkungen auf die Bildungssystematik zu erwarten, insbesondere keine Verdrängung von Lehrstellen EFZ und keine Gefährdung der Berufsmaturität als Königsweg für die Zulassung an die Fachhochschulen.



Bei dieser Sachlage ist gegen die geplante Änderung des HFKG nichts einzuwenden. Die einzelnen Regelungen orientieren sich weitgehend an der Rechtsgrundlage für das Pilotprojekt und geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Per Mail: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Bern, 28. November 2024

## **Vernehmlassung: Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die Vorlage befasst sich mit der dauerhaften Einführung praxisintegrierter Bachelorstudiengänge (PiBS) im MINT-Bereich. Sie ermöglicht es Gymnasialmaturandinnen und -maturanden (GM) sowie Berufsmaturandinnen und -maturanden (BM), ohne das bisher geforderte einjährige Praxisjahr direkt in diese Studiengänge einzutreten. Die Studiengänge haben eine vier- anstelle einer dreijährigen Dauer und beinhalten einen Praxisanteil von 40 Prozent, der während des Studiums in einem Unternehmen absolviert wird. Ziel der Massnahme ist es, den Fachkräftemangel in den MINT-Berufen zu lindern. Die Wirkungsanalyse von 2023 zeigte eine positive Resonanz der beteiligten Fachhochschulen, Unternehmen und Studierenden.

### **Die Mitte unterstützt pragmatische Verstetigung der PiBS im MINT-Bereich**

Die Mitte setzt sich für eine starke Berufslehre ein und steht klar hinter dem dualen Bildungssystem. In diesem Sinne steht Die Mitte einer zu starken Verakademisierung des Bildungswegs kritisch gegenüber. Die Mitte spricht sich aber auch für eine Bildungspolitik aus, die pragmatische Lösungen bietet und jungen Menschen verschiedene Bildungswege offenhält. Die PiBS haben sich nach Ansicht der Mitte dabei als eine geeignete Ergänzung zu bestehenden Bildungsangeboten erwiesen. Dies, indem sie Einstiegshürden senken und gleichzeitig die Praxisorientierung der Fachhochschulen konsequent integrieren.

Die Mitte unterstützt deshalb die dauerhafte Einführung der praxisintegrierten Bachelorstudiengänge (PiBS) im MINT-Bereich. So stellt die Wirkungsanalyse fest, dass PiBS-MINT auf mikroökonomischer Ebene einen Beitrag zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich leistet, im Vergleich zu MINT-Studiengängen insgesamt einen erhöhten Frauenanteil aufweist und dass PiBS-Absolvierende über eine hohe Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit verfügen.

Gemäss erläuterndem Bericht wird der Hochschulrat die notwendigen Konkretisierungen, u.a. die genauen Studiengänge, anschliessend noch in einer Verordnung regeln. Diesbezüglich spricht sich Die Mitte für eine allgemeine Formulierung beschränkt auf den MINT-Bereich aus. Dies, um den administrativen Aufwand in Grenzen zu halten und gleichzeitig genügend Flexibilität zu gewährleisten.

Schliesslich sieht Die Mitte in der Stärkung der MINT-Fächer eine zentrale Voraussetzung, um Innovationen und Fortschritt in der Schweiz nachhaltig zu sichern. Die Mitte betrachtet die Vorlage daher als eine pragmatische Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu fördern und bestehende Bildungsstrukturen sinnvoll zu ergänzen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

**Die Mitte**

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

PLR.Les Libéraux-Radicaux, case postale, 3001 Berne

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR

Berne, 6 novembre 2024 / DR  
VL/ LEHE

Expédition électronique : [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

## Modification de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de  
d -dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

### Commentaire général

Au nom du PLR Suisse, nous souhaitons exprimer notre soutien à ce projet de modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) visant à pérenniser les filières d'études bachelor intégrant une partie pratique (PiBS) dans le domaine MINT.

Le PLR Suisse considère que cette modification législative représente une avancée importante pour renforcer la formation dans les domaines des mathématiques, de l'informatique, des sciences naturelles et de la technique (MINT), qui sont cruciaux pour l'innovation et la compétitivité de notre économie. L'évaluation et l'analyse d'impact menées respectivement en 2019 et 2023 ont clairement démontré les bénéfices de ce modèle d'études, tant pour les étudiants que pour les entreprises. Nous saluons particulièrement le fait que les filières PiBS permettent de mieux combiner théorie et pratique, offrant ainsi aux étudiants une expérience professionnelle précieuse tout au long de leur formation. Cette approche favorise une meilleure employabilité des diplômés et répond aux besoins concrets des entreprises en matière de personnel qualifié dans le domaine MINT. Nous suggérons que l'extension de l'approche PiBS à d'autres disciplines soit également examinée. À notre avis, un modèle d'étude « hybride » avec une proportion élevée ou supérieure de travaux pratiques devrait être disponible partout dans les hautes écoles spécialisées dans la mesure du possible.

Le PLR Suisse apprécie également que cette modification légale n'ait pas d'impact négatif sur le système de formation professionnelle dual, qui reste un pilier essentiel de notre système éducatif. Au contraire, les filières PiBS viennent compléter l'offre existante et offrent une voie supplémentaire aux titulaires d'une maturité gymnasiale ou d'une maturité professionnelle sans formation professionnelle initiale dans le domaine concerné. Nous tenons à souligner l'importance de maintenir une évaluation régulière de ce modèle d'études, comme le prévoit le projet. Cela permettra de s'assurer de son efficacité continue et de son adaptation aux besoins évolutifs du marché du travail et des étudiants.

Le PLR Suisse est particulièrement sensible à l'augmentation de la proportion de femmes dans les filières MINT grâce au modèle PiBS. Cet aspect contribue à promouvoir l'égalité des

chances et à diversifier les profils dans ces domaines techniques, ce qui est essentiel pour stimuler l'innovation et la créativité.

En conclusion, nous soutenons cette modification de la LEHE, qui s'inscrit parfaitement dans notre vision d'une formation de qualité, orientée vers la pratique et répondant aux besoins de l'économie. Nous estimons que la pérennisation des filières PiBS dans le domaine MINT contribuera à renforcer la position de la Suisse en tant que pôle d'innovation et de formation d'excellence.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Le Président



Thierry Burkart  
Conseiller aux Etats

Le Secrétaire général



Jonas Projer

Eidgenössisches Departement für  
Wissenschaft, Bildung und Forschung  
WBF

sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Bern, 4. Dezember 2024



**Sozialdemokratische  
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch  
www.spschweiz.ch

## **Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Hochschulförderungs- und - koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes, die wir gerne nutzen.

Die SP Schweiz begrüsst die Bemühungen des WBF zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Schweiz. Neben der verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie etwa durch die Senkung von Kita-Gebühren (Kita-Gesetz; Kita-Initiative) erachten wir Massnahmen zum Abbau von Bildungsbarrieren als zentralen Puzzleteil zur stärkeren Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials. Im Rahmen seines Massnahmenpakets zur Bekämpfung des Fachkräftemangels hat das WBF 2024 daher Massnahmen zur Stärkung der Praxisorientierung beim Fachhochschulzugang ergriffen. So ist es im Rahmen einer Pilotphase den Fachhochschulen (FH) nun seit 10 Jahren erlaubt, befristet in Studiengängen, welche zu Berufen im MINT-Bereich ausbilden, sogenannte praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) anzubieten. Für diese können Gymnasialmaturand:innen (GM) und Berufsmaturand:innen (BM), die über keine berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf verfügen, direkt zum Bachelorstudium zugelassen werden. Auf der Grundlage eines Wirkungsberichts des SBFI von 2023 hat das WBF nun entschieden, die so genannten PiBS mittels einer Änderung des HFKG zu verstetigen.

Die SP Schweiz unterstützt und begrüsst im Grundsatz, dass das berufsbegleitende Studium weiter gefördert und gestärkt werden soll. Gleichzeitig sehen wir in der Verstetigung der PiBS aber auch Schwierigkeiten. So stellt das neue vorgeschlagene Modell faktisch eine Veränderung des dualen Bildungssystems dar, da es z.B. Kantonsschüler:innen den Zugang zu einem Fachhochschulstudium ohne vorherige Berufserfahrung ermöglicht. Wenn Kantonsschüler:innen die Möglichkeit geboten wird, die fehlende Berufspraxis während des Studiums zu erwerben, wäre es konsequent, auch Berufsmaturanden einen Studiengang an Universitäten anzubieten, der es ihnen erlaubt, ihre fehlenden akademischen Kompetenzen während des Studiums nachzuholen. Ein solches Modell wäre jedoch kaum mehrheitsfähig.

Für die SP Schweiz steht daher fest: Der Regelzugang zu einem Fachhochschulstudium soll grundsätzlich weiterhin über die Berufsbildung bzw. die Berufsmaturität erfolgen. Es darf in diesem Sinn mit der Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) nicht zu einer Verdrängung auf Kosten der Berufslehre oder der Berufsmaturität kommen.

Die Resultate der Wirkungsanalyse zeigen zudem, dass der Pilotversuch die gesetzten Ziele nur begrenzt erreicht hat: Das vorgeschlagene Modell leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Eindämmung des Fachkräftemangels (siehe Berichterstattung des SBFI zur Wirkungsanalyse 2023). Es fragt sich daher, ob die erzielten Ergebnisse ausreichend sind, um dafür an den grundlegenden Prinzipien des Bildungssystems grössere Veränderungen vorzunehmen.

Es stellt sich zudem die Frage, warum in diesem Zusammenhang ein PiBS nur auf die MINT-Bereiche beschränkt bleiben soll. Es zeigt sich in verschiedenen Branchen, v.a. auch in der Pflege, dass ein akuter Fachkräftemangel besteht. Aus Sicht der SP Schweiz wäre es daher folgerichtig, die (PiBS) auf alle Fachhochschul-Fachbereiche auszudehnen – ein Vorschlag, der im Schweizerischen Hochschulrat so bereits einmal auf dem Tisch lag. In diesem Sinn ist es aus Sicht der SP Schweiz auch vorstellbar, den Pilotversuch unter der Prämisse der Ausdehnung auf alle Fachhochschul-Fachbereiche um weitere 10 Jahre zu verlängern und die Massnahme 2035 erneut zu evaluieren.

Wir stimmen, mit den oben geäusserten Bedenken, der Änderung zu.

Wir danken, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen.

SP Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth  
Co-Präsident

Sandro Liniger  
Politischer Fachsekretär



Département fédéral de  
la formation et de la recherche  
Monsieur le Conseiller fédéral Guy  
Parmelin  
3003 Berne  
Par courrier électronique :  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Berne, le 4 décembre 2024

## **Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)**

### **Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames et Messieurs,

Le Département fédéral de la formation et de la recherche vous remercie pour votre lettre du 27 novembre 2024.

**L'UDC Suisse prend connaissance avec un grand scepticisme du projet de modification de la LEHE, qui ne contribue guère à lutter contre la pénurie de main-d'œuvre. Il conviendrait bien plus de favoriser la formation professionnelle, raison pour laquelle l'UDC ne soutient pas le projet proposé.**

Le projet mis en consultation vise à combattre la pénurie de personnel qualifié. Pour ce faire, il est prévu de permettre aux hautes écoles spécialisées (HES) de proposer des formations intégrant une partie pratique aux titulaires de diplômes de HES. L'UDC considère que ce projet ne répond pas aux besoins de la Suisse et que les mesures proposées ne sont pas suffisantes pour résoudre la pénurie de personnel qualifié. L'UDC soutient la formation professionnelle et propose de renforcer les mesures existantes pour encourager la formation professionnelle et de promouvoir la formation professionnelle dans les entreprises.

L'UDC Suisse constate que les bénéfices apportés par le projet pilote sont minimes : le nombre de personnes qualifiées n'augmente pas de manière significative. De plus, de nombreuses personnes ne sont pas admises dans les HES. Il apparaît que 87% des étudiants et diplômés de la filière PIBS.



... d ... r ... d ... r ...  
... r ... r ... r ... d ... r ...  
d ... d ... r -productif quand on le considère avec le recul nécessaire.

Réitérant ses remerciements d ... r ... D  
vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, à  
r ... d ... d r

Avec nos meilleures salutations

## UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général

Marcel Dettling  
Conseiller national

Henrique Schneider



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

Versand per E-Mail an: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

25. November 2024

### **Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 4. September 2024 haben Sie uns eingeladen, an der Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) teilzunehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und nehmen gerne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dazu Stellung.

---

**economiesuisse befürwortet die Weiterführung von PiBS und die Verstetigung des Pilotprojekts durch eine Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes. PiBS ist allerdings weiterhin nur im MINT-Bereich vorzusehen, bei welchem ein Mangel an berufsspezifischen Praktika und Fachkräften besteht. Ebenso soll die Zielgruppe unverändert belassen werden. PiBS sollte ausser in gewissen zu definierenden Fällen ausschliesslich als Teilzeitmodell angeboten werden. Die Anforderung eines unterschriebenen Ausbildungsvertrags vor dem Studium ist eine Erfolgsbedingung des Projekts und deswegen zwingend beizubehalten. Sofern im Rahmen der Evaluation bildungspolitisch unerwünschte Effekte festgestellt werden, soll der Bund eine erneute Verhandlung über die Ausgestaltung des PiBS einleiten oder das Angebot gegebenenfalls ganz einstellen.**

---

### **Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis (Art. 25a)**

PiBS stellt für Unternehmen eine nützliche Möglichkeit dar, Fachkräfte zielgerichtet auszubilden und zu rekrutieren. Damit wird ein Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels geleistet. Zudem trägt PiBS zu einer Verbesserung der Durchlässigkeit im schweizerischen Bildungssystem bei und bietet mit der Verbindung von Praxis und Fachhochschulausbildung ein sinnvolles Alleinstellungsmerkmal. economiesuisse befürwortet daher die Verstetigung von PiBS durch die Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes.

#### *Abs. 1: PiBS im MINT-Bereich*

Das Vorhaben einer Verstetigung von PiBS soll sich ausschliesslich auf den MINT-Bereich beschränken, wo ein Mangel an berufsspezifischen Praktika und Fachkräften besteht. economiesuisse spricht sich ausdrücklich gegen eine Ausweitung auf andere Studienrichtungen aus. Eine Ausweitung auf weitere Studienrichtungen würde dazu führen, dass die gymnasiale Matura zum Allzweckschlüssel im Bildungssystem wird. Dadurch würde die berufliche Grundbildung abgewertet. Im MINT-Bereich hingegen fehlen grundsätzlich Fachkräfte. Maturandinnen und Maturanden, die einen MINT-Studiengang an einer Fachhochschule besuchen möchten, haben aber oft grosse Schwierigkeiten, einen geeigneten Praktikumsplatz im MINT-Bereich zu finden, weil sie über keinerlei beruflicher Erfahrung verfügen. Unternehmen müssen die Personen daher zuerst ausbilden, bevor sie im Betrieb eingesetzt werden können. Mit PiBS hingegen kann sich dieses Investment in die Ausbildung auszahlen, weil die Studierenden meist über mehrere Jahre im Betrieb arbeiten. Die heutige Ausgestaltung von PiBS weist deshalb eine hohe Zielgenauigkeit aus.

PiBS sollte ausschliesslich als Teilzeitmodell angeboten werden, damit den Unternehmen die Produktivität der Studierenden über die ganze Länge des Studiums zugutekommt. Beim Vollzeitmodell beginnt der Praxisteil erst zwei Jahre nach Abschluss des Ausbildungsvertrags. Dies verursacht in den Unternehmen Unsicherheiten darüber, ob der Arbeitseinsatz dann tatsächlich geleistet werden wird. Zudem ist die fehlende Praxiserfahrung auch innerhalb des Fachhochschulunterrichtes nachteilig, weil die jungen Menschen den Unterrichtsstoff nicht mit konkreten betrieblichen Anwendungen verknüpfen können. Nur in gewissen, zu definierenden Studiengängen kann ein Start im Vollzeitmodell sinnvoll sein, falls einige Eingangskompetenzen für die Arbeit in den Unternehmen wichtig sind. Der Praxisteil sollte aber möglichst rasch beginnen und danach während des Studiums weitergeführt werden. Ein vierjähriger Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen, in dem pro Studienjahr die Höhe des vorgesehenen Arbeitspensums festgehalten wird, ist eine unverzichtbare Bedingung für den Erfolg von PiBS. Insbesondere im Vollzeitmodell brauchen die Unternehmen die Sicherheit, dass die Studierenden im dritten Jahr dann tatsächlich bei ihnen arbeiten. Bei der finalen Ausgestaltung des Angebots sollte deswegen ein unterschriebener Ausbildungsvertrag für alle Studierenden weiterhin Pflicht bleiben. Es ist entscheidend, dass PiBS nicht zum Einfallstor für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an Fachhochschulen verkommt und dadurch die Bildungssystematik verändert.

#### *Abs. 2: Prüfungsfreier Zugang*

economiesuisse begrüsst ausdrücklich, dass nebst Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auch Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen Berufsmatur ohne berufliche Grundbildung in einem MINT-verwandten Beruf ein PiBS-Studium beginnen können. Damit wird Rücksicht genommen auf die Bildungssystematik und es wird verhindert, dass sich das Gymnasium relativ zur Lehre aufwertet. Das PiBS-Angebot darf das Verhältnis zwischen der Zahl Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Berufslernenden nicht verändern.

#### *Abs. 3: Hochschulautonomie und Evaluation*

Absatz 3 legt fest, dass der Hochschulrat die Studiengänge bestimmt, welche als PiBS angeboten werden. An dieser Stelle sollte den Fachhochschulen genügend Autonomie gewährt werden. Sie

stehen in engem Kontakt mit den Unternehmen und kennen deren Bedarf für neue oder angepasste Studiengänge besser. Dadurch kann besser garantiert werden, dass PiBS zielgenau, flexibel und arbeitsmarktnah ausgestaltet wird. Der Hochschulrat steht in der Verantwortung, dass es nicht zu einer unzweckmässigen Ausweitung des PiBS kommt. Die regelmässige Evaluation muss dabei ein besonderes Augenmerk auf die Veränderung der Anzahl Berufslernender werfen. Die Evaluation muss sicherstellen, dass PiBS auf den MINT-Bereich beschränkt bleibt, die Bedingung des Ausbildungsvertrags eingehalten wird und dass sich das Verhältnis zwischen der Zahl Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Berufslernenden nicht verändert.

*Neu Abs. 4: Rückkommensklausel*

economiesuisse beantragt, in einem 4. Absatz eine Rückkommensklausel zu integrieren, die den Bund beauftragt eine erneute Verhandlung über die Ausgestaltung von PiBS einzuleiten oder das Angebot gegebenenfalls ganz einzustellen, sofern im Rahmen der Evaluation durch den Hochschulrat gemäss Artikel 25a Abs. 3 bildungspolitisch unerwünschte Effekte wie eine extensive Ausweitung des Angebots oder eine Verdrängung der beruflichen Grundbildung festgestellt werden.

**Antrag:**

*- Abs. 4: Sollte der Hochschulrat im Rahmen der Evaluation gemäss Artikel 25a Absatz 3 feststellen, dass bildungspolitisch unerwünschte Effekte auftreten, wird der Bund beauftragt eine erneute Verhandlung über die Ausgestaltung der Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis einzuleiten oder das Angebot gegebenenfalls ganz einzustellen.*

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens. Für die Beantwortung allfälliger Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

economiesuisse



Rudolf Minsch  
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung,  
Bereichsleiter allgemeine Wirtschaftspolitik &  
Bildung / Chefökonom



Nadine Wüthrich  
Projektmitarbeiterin allg. Wirtschaftspolitik &  
Bildung



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Bildung,  
Forschung und Innovation SBF  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Zürich, 2. Dezember 2024 NM/je  
[meier@arbeitgeber.ch](mailto:meier@arbeitgeber.ch)

## **Vernehmlassungsantwort Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband wurde mit E-Mail vom 4. September 2024 eingeladen, zu eingangs erwähnter Vernehmlassung bis zum 4. Dezember 2024 Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens und unterbreiten Ihnen nachfolgend gerne unsere konsolidierte Position.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

### **Ausgangslage**

Die Vorlage will, dass Absolvierende einer gymnasialen Maturität sowie einer Berufsmaturität auch weiterhin direkt und ohne zusätzliche Bedingungen an einer Fachhochschule (FH) einen vierjährigen, praxisintegrierten Bachelorstudiengang (PiBS) im MINT-Bereich antreten dürfen.

Ziel dieser Neuregelung ist es, dass PiBS im MINT-Bereich ab dem 1. Januar 2026 als ordentliches Angebot und unbefristet an FH aufgenommen werden können. Hierzu muss das Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG) um einen neuen Artikel (25a) ergänzt werden, welcher die Zulassungsvoraussetzungen zu den FH regelt.



### Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV):

Der SAV nimmt die vorgesehene Anpassung des HFKGs zur Kenntnis. Damit können die Fachhochschulen ab dem 1. Januar 2026 nahtlos praxisintegrierte Bachelorstudiengänge im MINT-Bereich anbieten. Der SAV stützt die Position der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK) und unterstützt daher grossmehrheitlich die Anpassung des HFKGs, auch wenn die PiBS bisher, entgegen der ursprünglichen Zielsetzung, nur einen sehr geringen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels erzielen konnten. Dabei ist es für den SAV entscheidend, dass keine Verwässerung der Profile auf der Tertiärstufe stattfindet und dass weder die Berufsmaturität noch die berufliche Grundbildung insgesamt geschwächt werden. Der Regelzugang an die Fachhochschulen soll weiterhin primär über die Berufsbildung geschehen, denn die vorgängige Arbeitswelterfahrung stellt einen wesentlichen Vorteil dar.

Der SAV stützt die Forderung der TBBK, im Falle einer Verstetigung, eine Evaluationsklausel vorzusehen. Es gilt zu beobachten und regelmässig zu prüfen, ob PiBS negative Auswirkungen auf die Bildungssystematik haben und das betriebliche Angebot an klassischen Lehrstellen verdrängen. Für den Fall, dass PiBS-Stellen zuungunsten der Lehrstellen geschaffen werden, stellt die Evaluationsklausel ein entsprechendes Monitoring und einen Handlungsspielraum sicher.

Darüber hinaus fordert der SAV, dass eine Kohärenz in der Begründung und Umsetzung von Ausnahmeregelungen sichergestellt wird. In Zukunft müsste es klare Kriterien geben, wonach von den *Branchen* initiierte Ausnahmen überhaupt in Betracht gezogen werden. Bei solchen Ausnahmen müsste beispielsweise begründet und plausibel aufgezeigt werden, dass das Durchlaufen eines Praktikums vorgängig zum Studium für potenzielle Studierende faktisch unmöglich ist. Ein Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb muss zudem zwingend über die gesamte Studiendauer eingegangen werden oder, falls das nicht geht, ein Eignungstest (Bsp. Musik, Theater) absolviert werden. Die Durchführung eines Eignungstests müsste ebenfalls begründet werden. Die Studiendauer muss sich zudem mindestens um ein Jahr verlängern.

Damit PiBS flexibel und arbeitsmarktnah ausgestaltet und nicht unangemessen ausgeweitet werden, müssen die Fachhochschulen in engem Kontakt mit den Betrieben stehen und den effektiven Bedarf kennen. Diese Verantwortung kommt gemäss Absatz 3 dem Hochschulrat zu, der die PiBS-Studiengänge bestimmt.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller  
Direktor

Nicole Meier  
Mitglied der Geschäftsleitung  
Ressortleiterin Bildung und berufliche Aus- und Weiterbildung

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und  
Innovation SBFI  
Bundesrat Guy Parmelin  
Einsteinstrasse 2  
3005 Bern

per Mail an: sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Bern, 04.12.2024

**Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) : Verstetigung von  
sog. «Praxisintegrierten Bachelorstudiengängen» an Fachhochschulen im MINT-Bereich**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte als Mitglied der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK) und als Mitglied des Ständigen Ausschusses der Arbeitswelt der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) bereits Gelegenheit, sich zum zeitlich befristeten Pilot-Versuch (2015-2019) der sog. **«Praxisintegrierter Bachelorstudiengänge» an Fachhochschulen im MINT-Bereich** und dessen Verlängerung (bis Ende 2025) zu äussern, ebenso zur nun vorgeschlagenen **Verstetigung mittels Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**.

Insgesamt stehen wir nach sorgfältiger Prüfung einer Verstetigung des Pilotprojektes «Praxisintegrierter Bachelorstudiengänge» an Fachhochschulen im MINT-Bereich **ablehnend** gegenüber,  
aus folgenden zwei Gründen:

**I. Keine einheitliche Umsetzung der gesetzlich erforderlichen mind. einjährigen  
Arbeitswelterfahrung (AWE) für FH-Bachelorstudiengänge:  
Willkürliche Verstetigungen von Ausnahmen/Abweichungen**

Was seit mehreren Jahren beobachtet werden kann ist, dass mit dem Argument «Fachkräftemangel» und aufgrund begrenzter Praktikumsplätze in Betrieben, die im Gesetz (HFKG) erforderliche einjährige Arbeitswelterfahrung vor einem Fachhochschul-Studium zunehmend unter Druck gerät. Nicht nur bei den FH- Bachelor-Studiengängen im MINT-Bereich, sondern bspw. auch im Gesundheits-Bereich. Deswegen ist es nicht erstaunlich, dass im Schweizerischen Hochschulrat bereits einmal der Antrag auf dem Tisch lag, unbefristete praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) auf alle Fachhochschul-Fachbereiche auszudehnen (was dann jedoch verworfen wurde).

Im Interesse der Bildungssystematik und einer gleichberechtigten Behandlung unterschiedlicher FH-Studienbereiche sowie einer einheitlich-verständlichen Kommunikation bezüglich FH-Zulassungsbedingungen ist nicht nachvollziehbar, warum die gesetzlich erforderliche **mindestens 1-jährige Arbeitswelterfahrung (AWE) für ein FH-Studium im MINT-Bereich** gänzlich während

dem Bachelor-Studium absolviert werden können, im Gesundheitsbereich jedoch an zwei Monaten AWE vor Studienantritt festgehalten werden soll.

**Es fehlt an einer ganzheitlichen Betrachtung/Gesamtsicht und an Kohärenz** im Umgang mit der für ein praxisorientiertes FH-Studium erforderlichen Arbeitswelterfahrung. Die je nach FH-Studienbereich unterschiedlichen Ausnahmen schwächen die **Bildungssystematik** mit ihren gesetzlich definierten Zulassungsbedingungen sowie den unterschiedlichen Tertiär-Abschlüssen und ihren primären Zubringern – allerdings willkürlich und je nachdem, welche Wirtschaftsbranche lauter «Fachkräftemangel!» ruft und erfolgreich lobbyiert.

Der Trend scheint klar in Richtung Aufweichung der Bildungssystematik zu gehen, allerdings **einseitig zugunsten von Absolvent:innen mit allgemeinbildenden Abschlüssen** (bspw. einer gymnasialen Matur). Ihnen wird durch PiBS ermöglicht, ohne jegliche vorgängige Arbeitswelterfahrung ein FH-Studium zu beginnen, wo sich Absolvent:innen mit berufsbildenden Abschlüssen (bspw. einer Berufsmaturität) hohen Zugangsbarrieren für die Zulassung an eine Pädagogische Hochschule gegenüber sehen.

## II. Fehlende Wirkung / keine Lösung für bestehende Probleme

Weiter hat die Wirkungsanalyse (2023) gezeigt, dass trotz einer Verlängerung des Pilotversuches und einer inzwischen beinahe 10-jährigen Projektdauer, die PiBS

1. quantitativ und makroökonomisch bisher **keinen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels** leisten konnten;
2. sich in der Realität **fehlende Praktikumsplätze in Betrieben** als Nadelöhr erweisen und deswegen die Anzahl Studienplätze nicht wie erhofft erhöht werden kann (diese Erfahrung, resp. dieser «Realitäts-Check» in Sachen Ausbildungsbereitschaft/-kapazität der Betriebe teilt der MINT- mit dem Gesundheits- Bereich) und
3. dass die PiBS sogar eine leicht **erhöhte Dropout-Quote** im Vergleich zu sonstigen Studiengängen ausweisen (22% vs. 20%).

Aus den genannten Gründen **lehnt der SGB die Verstetigung sog. «Praxisintegrierter Bachelorstudiengänge» an Fachhochschulen im MINT-Bereich ab**. Eine Anpassung des HFKG für eine Anpassung der Zulassungsbedingungen zu nur einer einzelne FH-Studienrichtung erachtet der SGB als ungerechtfertigt und willkürlich. **Zulassungsbedingungen an Hochschulen müssen in Form einer Gesamtschau geprüft und einheitlich nach Hochschultyp (FH, PH, Uni) definiert werden.**

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Nicole Cornu  
Zentralsekretärin



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFi  
Frau Sonja Henrich  
3003 Bern  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Bern, 4. Dezember 2024 sgv-Kl/ym

## **Vernehmlassungsantwort: Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Frau Henrich

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 4. September 2024 lädt das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF ein, sich zur Änderung des HFKG zu äussern.

Die beantragte Neuregelung soll das Pilotprojekt des Praxisorientierten Bachelorstudiengangs PiBS verstetigen und mit dem Bundesgesetz in Einklang bringen. Die heutige gesetzliche Abstützung von PiBS genügt diesen Anforderungen ab dem 1. Januar 2026 nicht mehr.

### **Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt nicht zuletzt auch aufgrund der ausschliesslich negativen Rückmeldungen aus dem Kreis seiner Mitglieder die Vorlage ab.**

Zum einen weist ist die Vorlage aufgrund der Wirkungsanalyse 2023 nur eine sehr schmale gesamtwirtschaftliche Legitimation aus. Die ursprünglichen Zielsetzungen des PiBS insbesondere eine signifikante Erhöhung der Anzahl an MINT-Fachkräften und des Frauenanteils in diesen Berufen wurden nicht erreicht. Es ist anzunehmen, dass sich auch in naher Zukunft daran nichts ändern wird und das Mengengerüst der Studierenden bescheiden bleiben wird.

Zum anderen steht der Vorschlag der Verstetigung des PiBS auch wenn sie sich auf den MINT-Bereich beschränkt bildungssystematisch quer in der Landschaft.

Der sgv begrüsst die Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld, sieht aber die Grundlage für diese Entwicklung in der dualen Berufsbildung. Um die Qualität des dualen Berufsbildungssystems zu sichern, ist es entscheidend, dass die unterschiedlichen Profile zwischen Fachhochschulen und Hochschulen auf der Tertiärstufe A klar erhalten bleiben. Jugendliche, die über das PiBS in die Berufsbildung integriert werden, hätten beim Übergang von der Sek I zur Sek II für die Berufsbildung gewonnen werden sollen.

Mit PiBS wird der gymnasiale Bildungsweg weiter aufgewertet, was wiederum die Attraktivität der beruflichen Grundbildung schwächt.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Urs Furrer  
Direktor



Dieter Kläy  
stv. Direktor, Ressortleiter



**Berner Fachhochschule**

Prof. Dr. Sebastian Wörwag  
Rektor

Falkenplatz 24  
3012 Bern

Telefon +41 31 848 33 01  
sebastian.woerwag@bfh.ch

www.bfh.ch

BFH | Falkenplatz 24 | 3012 Bern

---

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat  
Guy Parmelin

*Per E-Mail an  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch*

28.11.2024

### **Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG): Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis – Stellungnahme der BFH**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Im Namen der Berner Fachhochschule BFH danke ich Ihnen für die Gelegenheit, zur geplanten Änderung des des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG) Stellung nehmen.

Die BFH begrüsst die Änderung des HFKG, um die Praxisintegrierten Bachelorstudiengänge an den Fachhochschulen (PiBS) langfristig zu verankern, ausdrücklich. Die Verstetigung von PiBS ermöglicht es, die begonnenen Massnahmen zur Abschwächung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich fortzusetzen und stärkt die Praxisorientierung der von den Fachhochschulen angebotenen Ausbildungen.

Die BFH ist mit den Absätzen 1 und 2 des vorgeschlagenen neuen Artikel 25a einverstanden und sie unterstützt die in Absatz 1 vorgenommene Einschränkung der Anwendung von PiBS auf die MINT-Bereiche. Betreffend Art. 25a Abs. 3, wonach der Hochschulrat die Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis bestimmt und die weiteren Voraussetzungen für die Zulassung und Studiengestaltung sowie die regelmässige Evaluation regelt, unterstützen wir das bereits von swissuniversities geäusserte Anliegen, dass die Hochschulen adäquat in den Entscheidungsprozess über die Definition der betroffenen Studiengänge einbezogen werden.

Für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens. Bei Rückfragen oder für weitergehende Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Berner Fachhochschule

Prof. Dr. Sebastian Wörwag  
Rektor

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

[www.fhschweiz.ch](http://www.fhschweiz.ch)  
[www.fhnews.ch](http://www.fhnews.ch)  
[www.fhjobs.ch](http://www.fhjobs.ch)  
[www.fhmaster.ch](http://www.fhmaster.ch)  
[www.fhlohn.ch](http://www.fhlohn.ch)  
[www.fhshop.ch](http://www.fhshop.ch)  
[www.fhpro.l.ch](http://www.fhpro.l.ch)  
[www.titelumwandlung.ch](http://www.titelumwandlung.ch)  
[www.steigeinsteigauf.ch](http://www.steigeinsteigauf.ch)  
[www.stiftungfhschweiz.ch](http://www.stiftungfhschweiz.ch)

Zürich, 4. Dezember 2024

## Stellungnahme von FH SCHWEIZ in der Vernehmlassung «Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen gerne Stellung in der Vernehmlassung zum «Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)».

Die beantragte Neuregelung des HFKG soll das Pilotprojekt des Praxisorientierten Bachelorstudiengangs (PiBS) verstetigen und mit dem Bundesgesetz in Einklang bringen. PiBS ist ein vierjähriges Fachhochschul-Bachelorstudium ausschliesslich in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Dieses erlaubt insbesondere Absolvent:innen einer gymnasialen Maturität, aber auch Berufsmaturand:innen ohne berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf, ohne einjährige Arbeitswelterfahrung ein Fachhochschul-Studium aufzunehmen. Die Praxiserfahrung erwerben die Studierenden während des Studiums in integrierten von der Fachhochschule validierten Praxisteilen (40 % der Gesamtstudienzeit) in einem Unternehmen. Es besteht ein vierjähriger von der Fachhochschule validierter Ausbildungsvertrag mit einer Unternehmung.

Zwei Analysen des Bundes (2019 und 2023) haben gezeigt, dass PiBS einen gewissen Beitrag zu Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich leistet. Die Nachfrage ist sowohl auf Seite der Studierenden, wie auch auf der Seite der Unternehmen da und steigt stetig. PiBS-Absolvierende verfügen durch ihr berufsbegleitendes Studium über eine hohe Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit. Der Frauenanteil in PiBS-Studiengängen ist im Vergleich zu anderen MINT-Studiengängen erhöht. Es konnten keine negativen Wirkungen auf das Bildungssystem festgestellt werden.

FH SCHWEIZ sieht daher insgesamt keine Gründe, welche gegen die Verstetigung des PiBS sprechen würden. FH SCHWEIZ begrüsst deshalb die definitive Einführung von PiBS und dementsprechend die Änderungen des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG).

Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse



NR Andri Silberschmidt  
Präsident



Claudia Heinrich  
Leiterin Public Affairs

<sup>1</sup> FH SCHWEIZ ist die Dachorganisation der regionalen und nationalen Organisationen der Absolvent:innen von Fachhochschulen. FH SCHWEIZ zählt aktuell über 80 000 Mitglieder und vertritt die Interessen sämtlicher Absolvent:innen der Fachhochschulfachbereiche Technik und Informationstechnologie, Architektur, Bau- und Planungswesen, Chemie und Life Sciences, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft und Dienstleistungen, Angewandte Psychologie, Angewandte Linguistik, Gesundheit, Soziale Arbeit, Sport sowie Künste und Design.

Fachverband Schweizer Raumplaner - Geschäftsstelle -6000 Luzern

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Per Mail an [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Nathalie Mil  
info@f-s-u.ch  
Luzern, 28.11.2024

### **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG):**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Fachverband der Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner FSU, der Verband für Raumplanung EspaceSuisse, der schweizerische Ingenieur- und Architektenverein SIA sowie Bauenschweiz danken für die Möglichkeit, zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes HFKG Stellung nehmen zu können.

Vor einigen Monaten publizierte unser Fachverband eine Untersuchung betreffend Fachkräftemangel in unserer Branche. Daraus erfolgt, dass in der Raumplanung insbesondere in der Deutschschweiz ein akuter, sich weiter verschärfender Fachkräftemangel herrscht. In unserer Charta zur Nachwuchsförderung, welche weitere Vereine ebenso tragen, postulierte die Absicht, das Raumplanungs-Studium an Fachhochschulen und Universitäten deutlich auszubauen und wo möglich zu fördern.

Eines der wesentlichen Hemmnisse ist, dass gymnasiale Maturandinnen und Maturanden sowie fachbereichsfremde Berufsmatura Absolventinnen und Absolventen für ein Fachhochschul-Studium gemäss Art. 25 HFKG (eidg. Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz) vor Studienbeginn ein Jahr «Arbeitswelterfahrung» in einem dem Fachbereich nahestehenden Beruf sammeln müssen.

Diese einjährigen Vorpraktika im Planungsbereich zu finden, stellt in unserer Branche ein Nadelöhr dar, welches der Raumplanung jedes Jahr etwa 10-15 Studieninteressierte kostet. Viele Büros bevorzugen Praktikanten und Praktikantinnen mit gewissen Vorkenntnissen. Das Praktikum ist gut und richtig, allein die Anforderung, dies vollständig vor Studienbeginn erbracht zu haben, ist für die Studienwilligen eine Hürde und für die praktikums anbietenden Büros und Verwaltungen eine Bürde.

2/3

In der vorliegenden Vernehmlassung des eidg. Departements für Wissenschaft, Bildung und Forschung (WBF) geht es nun darum, die Möglichkeit des Praxis-integrierten Bachelor-Studiums (PiBS) definitiv einzuführen. Dies unterstützen wir sehr.

Der Erläuterungsbericht nennt als Hauptmotivation für die permanente Einführung des PiBS die Linderung des Fachkräftemangels. Er sieht jedoch weiterhin eine strikte Beschränkung auf MINT-Studiengänge vor.

Im Bericht des Bundesrates «Mangel an MINT-Fachkräften in der Schweiz» vom August 2010 werden Raumplanung und Landschaftsarchitektur im Bauwesen aufgezählt<sup>1</sup>. In der untenstehenden Aufzählung der MINT-Bereiche fehlt das Bauwesen. Diese einseitige Fokussierung auf einzelne MINT-Bereiche und nicht alle, widerspiegelt sich auch im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung, in dem der Fachkräftemangel in anderen Fachbereichen nicht untersucht wurde.

Aufgrund unserer vorliegenden Untersuchung des akuten Fachkräftemangels in der Raumplanung und Stärkung der Ausbildung von Raumplanerinnen und Raumplaner stellen wir folgenden Antrag:

Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis

<sup>1</sup> In ~~den~~ Bereichen ~~Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik mit nachgewiesenem Fachkräftemangel~~ können die Fachhochschulen Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis anbieten. Die Studiendauer wird um ein Jahr erhöht, was der Dauer der Arbeitsweiterfahrung im Sinne von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b entspricht.

<sup>2</sup> Die Fachhochschulen können folgende Personen prüfungsfrei aufnehmen:

- a. Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen Berufsmaturität ohne berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf,
- b. Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen oder eidgenössisch anerkannten Maturität.

<sup>3</sup> Der Hochschulrat bestimmt die Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis und regelt die weiteren Voraussetzungen für die Zulassung und Studiengestaltung sowie die regelmässige Evaluation.

---

<sup>1</sup> Anhang 1 «Die Aufteilung der MINT-Studiengänge nach der Typologie des BFS»; ebenso in «MINT-Fächer an den Hochschulen», Bundesamt für Statistik, 2024

3/3

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und betonen die Öffnung auf unsere Baubranche.

Freundliche Grüsse



Francesca Pedrina  
Co-Präsidentin FSU



Pierre-Alain Pavillon  
Co-Präsident FSU



Jean-François Steiert  
Präsident EspaceSuisse



Barbara Wittmer  
Vorstand SIA, Präsidentin  
Fachrat Raumplanung



Cristina Schaffner  
Direktorin Bauenschweiz



DEFR  
Monsieur le Conseiller fédéral Guy Parmelin  
Palais fédéral ouest  
CH – 3003 Berne

Envoi électronique à : [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Lausanne, le 7 octobre 2024

## **Prise de position HES-SO – Procédure de consultation 2024/55: « Modification de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) »**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le 4 septembre 2024, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation 2024/55. En tant que plus grande haute école spécialisée (HES) de Suisse, la HES-SO est une partie prenante centrale du domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation (domaine FRI). Par la présente, nous vous transmettons la position du Rectorat de la HES-SO sur les modifications de la LEHE en consultation.

Le Rectorat de la HES-SO salue la volonté de pérenniser le PiBS (Bachelor intégrant une partie pratique) pour le domaine MINT, en l'ancrant dans la LEHE à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2026. L'évaluation de 2019 et l'analyse d'impact de 2023 sur le projet pilote PiBS soulignent la pertinence de l'instrument et son potentiel dans le cadre d'un déploiement plus élargi dans le futur, notamment en termes de lutte contre la pénurie de personnel qualifié dans les filières du domaine MINT, de promotion des femmes dans le domaine MINT, de satisfaction des différentes parties prenantes, de complémentarité avec les parcours de formation existants ainsi qu'en termes d'objectifs formatifs pour les étudiant·es et entreprises participant·es.

Du point de vue du Rectorat de la HES-SO, l'article 25a tel que proposé devrait permettre d'amplifier encore l'impact futur du PiBS dans le domaine MINT, notamment en augmentant le nombre d'étudiant·es inscrit·es et en offrant plus de possibilité aux entreprises intéressées. Nous souhaitons toutefois attirer l'attention sur un élément du rapport (pp.6), mentionnant que le « *Conseil des hautes écoles doit préciser les filières PiBS ainsi que les conditions relatives à leur organisation et à leur évaluation dans son ordonnance* ». Dans sa mise en œuvre, la démarche visant à préciser les filières PiBS doit se faire avec l'idée de garder suffisamment de flexibilité. Cela passerait, selon nous, par une formulation générale, englobant l'ensemble des filières MINT proposées au sein des HES, telles que définies par l'OFS : Informatique, Technique, Construction, Chimie & Life Sciences, Autres MINT. Cette formulation basée sur les standards de l'OFS doit permettre d'éviter un inventaire détaillé qui mobiliserait des ressources conséquentes pour son suivi et son maintien à jour.





En conclusion, le Rectorat de la HES-SO est favorable aux modifications légales envisagées dans la LEHE pour pérenniser le PiBS, tout en soulignant la nécessité de garder la flexibilité requise pour inclure toutes les filières MINT intéressées et faisant, de surcroît, face à une situation de pénurie.

En vous remerciant de l'opportunité offerte pour transmettre la perspective de la HES-SO, je vous transmets, au nom du Rectorat de la HES-SO, Monsieur le Conseiller fédéral, mes salutations les plus distinguées.

Luciana Vaccaro

Rectrice



**sia**

schweizerischer ingenieur- und architektenverein  
sektion **st. gallen** | **appenzell**

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung VVBF

sonja.henrich@sbfi.admin.ch

René Finger, Präsident  
Vadianstrasse 33  
9000 St. Gallen

St.Gallen, 3. Dezember 2024

praesident@sga.sia.ch  
t 071 223 23 73

## Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG): Stellungnahme des SIA Sektion St. Gallen | Appenzell

Sehr geehrte Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum Entwurf des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG) teilnehmen zu können.

Die Gesellschaft und somit auch die Frage, was Architektur in Zukunft bedeutet, verändert sich. Wie die Ausbildung und das Berufsbild des Architekten, der Architektin in Zukunft aussehen wird, beschäftigt uns alle zunehmend.

Da in den letzten Jahren ein gravierender Anstieg der Studieninteressierten ohne abgeschlossene Zeichnerlehre (Berufsfremde Lehren mit BMS, Gymnasiale Matura) an den Fachhochschulen wahrgenommen wurde, wird an der Ostschweizer Fachhochschule ein 4-wöchiger Vorkurs für Interessenten ohne Bauerfahrung angeboten, um sie damit für eine 12-monatige Arbeitswelterfahrung gemäss Art. 25 HFKG vorzubereiten. Für die Architekturbüros sind diese einjährigen Vorpraktika aufgrund des grossen Einführungsaufwandes in die komplexen Methoden und Werkzeuge kaum zumutbar und wenig attraktiv. Dies führt dazu, dass die Praktikumsplätze sehr rar sind. Ein Praxis-integriertes Bachelorstudium (PiBs), bei welchem die Studierenden für vier Jahre im Büro mit einem Pensum von ca. 40 – 50 % arbeiten und berufsbegleitend studieren, ist für die Büros hingegen inhaltlich wie wirtschaftlich viel interessanter. Somit wird die Grundausbildung der Architektur gestärkt und dem ausgewiesenen Fachkräftemangel entgegengewirkt.

**Zusammengefasst:**

- Der SIA Sektion SGA wünscht mit Nachdruck, die vorgeschlagene Möglichkeit des Praxisintegrierten Bachelor-Studiums (PiBS) definitiv einzuführen.
- Die Architektur zählt gemäss der heutigen Auslegung des Bundes zu den MINT-Fächern. Dies ist auf Verordnungsstufe zwingend zu berücksichtigen.
- Der Fachkräftemangel in den baunahen Berufen, insbesondere auch der Architektur, existiert weiterhin.
- Ein Studienbegleitendes Praktikum wie das PiBS-Modell würde die Einstiegsschwelle vor Studienbeginn deutlich reduzieren.

**Wir empfehlen daher dringend, das PiBS-Modell nicht nur zu verstetigen, sondern es über den klassischen MINT-Bereich hinaus auch auf das Studium der Architektur und weitere Studiengänge auszuweiten.**

Freundliche Grüsse



René Finger  
Präsident SIA St.Gallen | Appenzell



schweizerischer ingenieur- und architektenverein  
société suisse des ingénieurs et des architectes  
società svizzera degli ingegneri e degli architetti  
swiss society of engineers and architects

Geht per E-Mail an: Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF  
an [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Josef Adler  
Verantwortlicher Raumplanung  
Verantwortlicher Berufsgruppe Umwelt  
[josef.adler@sia.ch](mailto:josef.adler@sia.ch)  
+41 44 283 15 87

Zürich, 4. Dezember 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein SIA dankt für die Möglichkeit, zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes HFKG Stellung zu nehmen. Als massgebender Berufsverband der Bereiche Ingenieurbaukunst, Architektur, Technik und Umwelt engagiert sich der SIA für eine hohe Baukultur mit dem übergeordneten Ziel eines zukunftsfähigen und nachhaltig gestalteten Lebensraums von hoher Qualität. Für den SIA ist es deshalb wesentlich, dass sich auch die Raumentwicklung in Zukunft noch stärker an der Nachhaltigkeit orientiert, insbesondere am Klimaschutz und der Klimaanpassung sowie an einer optimalen Lebensraumgestaltung mit hoher baukultureller Qualität für Mensch und Umwelt.

Vor einigen Monaten publizierte einer der SIA-Fachvereine, der Fachverband der Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner FSU, eine Untersuchung betreffend Fachkräftemangel in ihrer Branche. Daraus folgt, dass in der Raumplanung, insbesondere in der Deutschschweiz, ein akuter, sich weiter verschärfender Fachkräftemangel herrscht. Unsere Charta zur Nachwuchsförderung, die weitere Verbände mittragen, beabsichtigt, das Raumplanungs-Studium an Fachhochschulen und Universitäten deutlich auszubauen und wo möglich zu fördern.

Eines der wesentlichen Hemmnisse, um dieses Ziel zu verfolgen, ist jedoch, dass gymnasiale Maturandinnen und Maturanden sowie fachbereichsfremde Berufsmatura-Absolventinnen und -Absolventen für ein Fachhochschul-Studium gemäss Art. 25 HFKG (eidg. Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz) vor Studienbeginn ein Jahr «Arbeitswelterfahrung» in einem dem Fachbereich nahestehenden Beruf sammeln müssen. Diese einjährigen Vorpraktika im Planungsbereich zu finden, stellt in unserer Branche ein Nadelöhr dar, das der Raumplanung jedes Jahr etwa 10 bis 15 Studieninteressierte kostet. Viele Planungsbüros bevorzugen Praktikantinnen und Praktikanten

mit gewissen Vorkenntnissen. Das Praktikum ist gut und richtig, allein die Anforderung, dies vollständig vor Studienbeginn zu erbringen, ist für die Studienwilligen eine Hürde und für die praktikums anbietenden Büros und Verwaltungen eine Bürde.

In der vorliegenden Vernehmlassung des eidgenössischen Departements für Wissenschaft, Bildung und Forschung (WBF) geht es nun darum, die Möglichkeit des Praxis-integrierten Bachelor-Studiums (PiBS) definitiv einzuführen. Dies unterstützen wir sehr.

Der erläuternde Bericht nennt als Hauptmotivation für die Einführung des PiBS die Linderung des Fachkräftemangels. Er sieht jedoch weiterhin eine strikte Beschränkung auf MINT-Studiengänge vor. Im Bericht des Bundesrates «Mangel an MINT-Fachkräften in der Schweiz» vom August 2010 werden Raumplanung und Landschaftsarchitektur im Bauwesen aufgezählt<sup>1</sup>. In der untenstehenden Aufzählung der MINT-Bereiche fehlt das Bauwesen. Diese einseitige Fokussierung auf einzelne MINT-Bereiche, widerspiegelt sich auch im Bericht zur Vernehmlassung, in dem der Fachkräftemangel in anderen Fachbereichen nicht untersucht wurde.

Aufgrund unserer vorliegenden Untersuchung des akuten Fachkräftemangels in der Raumplanung und zur Stärkung der Ausbildung von Raumplanerinnen und Raumplaner stellen wir folgenden Antrag:

Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis

<sup>1</sup> In ~~den~~ Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik mit nachgewiesenem Fachkräftemangel können die Fachhochschulen Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis anbieten. Die Studiendauer wird um ein Jahr erhöht, was der Dauer der Arbeitsweiterfahrung im Sinne von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b entspricht.

<sup>2</sup> Die Fachhochschulen können folgende Personen prüfungsfrei aufnehmen:

- a. Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen Berufsmaturität ohne berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf,
- b. Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen oder eidgenössisch anerkannten Maturität.

<sup>3</sup> Der Hochschulrat bestimmt die Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis und regelt die weiteren Voraussetzungen für die Zulassung und Studiengestaltung sowie die regelmässige Evaluation.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unseres Anliegens und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Barbara Wittmer  
Vorstandsmitglied SIA



Josef Adler  
Verantwortlicher Raumplanung SIA

---

<sup>1</sup> Anhang 1 «Die Aufteilung der MINT-Studiengänge nach der Typologie des BFS».

Konferenz der Dozierenden an universitären  
Hochschulen (VSH-AEU), Pädagogischen  
Hochschulen (SGL) und Fachhochschulen (fh-ch)

Conférences des Enseignant-e-s des Hautes  
Ecoles Universitaires (VSH-AEU), des Hautes  
Ecoles Pédagogiques (SSFE), et des Hautes  
Ecoles Spécialisées (fh-ch)



Frau Sonja Heinrich-Barrat  
sonja.heinrich@sbfi.admin.ch  
[vernehmlassungen@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@sbfi.admin.ch)

Zürich, 21. Oktober 2024

Stellungnahme von swissfaculty zur  
**Vernehmlassung Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

swissfaculty, die Konferenz Hochschuldozierende Schweiz, welche die Dozierenden an universitären Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vertritt, hat sich kritisch mit der **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)** auseinandergesetzt. Im Folgenden stellen wir Ihnen unsere Überlegungen vor und ersuchen Sie, diese bei der Weiterbearbeitung der Botschaft zu berücksichtigen.

Das 2014 ergriffene Massnahmenpakete zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und zur Stärkung der Praxisorientierung beim Fachhochschulzugang hat swissfaculty von Beginn an unterstützt und für richtig befunden. Die Möglichkeit für die Fachhochschulen, in Studiengängen, welche zu Berufen im MINT-Bereich ausbilden, sogenannte praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) anzubieten, wurde sehr begrüsst. Der Versuch wurde ursprünglich auf fünf Startjahrgänge (2015–2019) festgelegt und 2019 evaluiert. Die Evaluation zeigt, dass PiBS durchaus zu einer Minderung des Fachkräftemangels und zu einer Erhöhung des Frauenanteils bei den MINT-Berufen beitragen kann. Es folgte eine Verlängerung der Versuchsphase sowie eine Ergänzung der Evaluation mit einer Wirkungsanalyse 2023. Diese bestätigt die Ergebnisse der Evaluation und stellte fest, dass inzwischen sämtliche Fachhochschulen der Schweiz PiBS-Studiengänge in Vollzeit- und/oder Teilzeitmodellen anbieten. Der Frauenanteil sowie die Nachfrage seien gross. Die Unternehmen attestieren den PiBS-Absolvierenden eine hohe Berufs- und Arbeitsmarktfähigkeit. Swissfaculty begrüsst es, dass diese Bemühungen nun verstetigt und eine entsprechende Anpassung des HFKG vorgenommen wird. Die dafür vorgeschlagene Ergänzung des HFKG mit einem neuen Artikel 25a schafft die Grundlage, damit Fachhochschulen Gymnasialmaturandinnen- und -maturanden ohne ein-jährige Arbeitswelterfahrung sowie Berufsmaturandinnen und -maturanden ohne berufliche Grundbildung in einem dem Fachbereich verwandten Beruf, ohne vorgängige ein-

jährige Arbeitswelterfahrung direkt in entsprechende vierjährige praxisintegrierte Bachelorstudiengänge aufnehmen können. Die vorgeschlagene Regelung ist aus der Sicht von swissfaculty zielführend und sinnvoll.

swissfaculty ist es ein Anliegen, angesichts der Anpassungen im HFKG auf einen wichtigen weiteren Aspekt hinzuweisen: Die Evaluation der Strukturen, Prozesse und Wirkungen der Organe gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) (2022) hat deutlich gezeigt, dass Studierenden und Mittelbau ihre Interessen bei der Schweizerischen Hochschulkonferenz und bei swissuniversities nur wenig einbringen können. Diese Verbände sind durch die Mitgliederbeiträge finanziert und arbeiten zu grossen Teilen ehrenamtlich. Damit auch die Interessen des Mittelbaus und der Studierenden ausreichend auf allen Ebenen einfliessen können, wird von swissfaculty empfohlen, im HFKG die Möglichkeit zu schaffen, dass die administrativen Arbeiten durch ein Sekretariat für die drei Stände (Studierende, Mittelbau und Dozierende) bei Bedarf durch den Bund finanziert werden kann.

swissfaculty schlägt daher vor, die gesetzlichen Grundlagen im HFKG zu schaffen, dass für die Dachverbände der Studierenden, des Mittelbaus und der Dozierenden eine Geschäftsstelle geführt und durch den Bund mitfinanziert werden kann. Dazu soll eine Ergänzung von Artikel 4 Aufgaben und Kompetenzen des Bundes im Hochschulbereich vorgenommen werden: Absatz 6 Er gewährt Beiträge an die universitären Stände (Dachverbände der Studierenden, des Mittelbaus und der Dozierenden) zur Führung einer Geschäftsstelle.

Swissfaculty bedankt sich für die sorgfältige Beachtung der Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

Daniela Freisler-Mühlemann, Présidente de la Société suisse pour la formation des enseignantes et des enseignants SSFE



---

Christian Bochet, Président de l'Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université VSH-AEU



---

Anne Krauter, Präsidentin fh-ch, Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz



SBFI

Per Mail an: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Per PDF- und Word-Format

#### **Bildung**

Marianne Röhrich  
Ressortleiterin Bildungspolitik

Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
Tel. +41 44 384 41 11

[m.roehricht@swissmem.ch](mailto:m.roehricht@swissmem.ch)  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)

Zürich, 15. November 2024

## **Stellungnahme Swissmem: Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Frau Henrich

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung.

Swissmem ist der führende Verband für KMU und Grossunternehmen der schweizerischen Tech-Industrie. Swissmem fördert die nationale und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer rund 1'400 Mitgliedsfirmen durch eine wirkungsvolle Interessenvertretung, bedarfsgerechte Dienstleistungen, eine gezielte Vernetzung sowie eine arbeitsmarktgerechte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Schweizer Tech-Industrie ist eine vielseitige und innovative Hightech-Branche, die in sämtlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen leistungsstarke Lösungen anbietet. Sie erwirtschaftet 7% des Bruttoinlandproduktes und nimmt damit in der schweizerischen Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Die Branche ist mit rund 330'000 Beschäftigten die grösste industrielle Arbeitgeberin der Schweiz und leistet mit Ausfuhren im Wert von über CHF 70 Milliarden rund 26% der gesamten Güterexporte. Rund 57% der ausgeführten Güter der Tech-Industrie werden in die EU exportiert.

### **Stellungnahme zur Vorlage**

Swissmem unterstützt die geplante Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG).

Das PiBS wird von Swissem seit dessen Initialisierung befürwortet. Als Passerellenangebot richtet es sich an Maturandinnen und Maturanden, die einen praxisorientierten Tertiärabschluss einem akademischen Abschluss vorziehen. Das Modell leistet für die Tech-Industrie einen wichtigen Beitrag, um neue Fachkräfte zu gewinnen, welche ohne das Angebot nicht angesprochen werden könnten. Von den teilnehmenden Unternehmen und Studierenden erhalten wir positive Rückmeldungen zum PiBS. Die Firmen schätzen das PiBS-Modell, da sie die jungen Fachkräfte während der 4-jährigen berufsbegleitenden Studienzeit gezielt auf ihre spezifischen Bedürfnisse abgestimmt ausbilden können. Das Teilzeitmodell des PiBS kommt diesen Anforderungen vollumfänglich entgegen. Die Erfahrungen der Firmen zeigen, dass PiBS-Studierende rasch anspruchsvolle Aufgaben übernehmen können. Erfreulicherweise bleiben die mit PiBS rekrutierten Nachwuchskräfte den Unternehmen über das Studium hinaus erhalten. Ein weiterer positiver Aspekt des PiBS-Modells sind die Frauen, welche mit dem Angebot für die Tech-Industrie gewonnen werden können. Auch wenn sich die Anzahl der PiBS-Studierenden auf tiefem Niveau bewegt, so ist es doch ein zusätzlicher Zubringer von Fachkräften in die Tech-Industrie. In Anbetracht des hohen Fachkräftebedarfs ist jede neu rekrutierte Nachwuchskraft ein wichtiger Gewinn.

Aufgrund der 4-jährigen Ausbildungszeit hat das PiBS für die MINT-Berufe gegenüber der Zulassung nach der einjährigen Arbeitswelterfahrung klare Vorteile. Denn in den anspruchsvollen MINT-Berufen ist es für die Firmen sehr herausfordernd, die einjährigen Praktika für Maturanden und Maturandinnen ohne technische Vorkenntnisse so zu gestalten, dass ausreichend relevante Berufspraxis vermittelt werden kann.

Die Erfahrungen der Firmen weisen auf keine Konkurrenzierung der beruflichen Grundbildung durch das PiBS hin. Die berufliche Grundbildung ist und bleibt die wichtigste Quelle für Fachkräfte in der Tech-Industrie. Der Zugang zu den Fachhochschulen erfolgt grundsätzlich über die Berufsmaturität. Aufgrund des ausgeprägten Fachkräftemangels in der Branche sind zusätzliche praxisnahe Ausbildungswege für Nachwuchskräfte für die Tech-Industrie unerlässlich. Deshalb kommt dem PiBS für die Branche eine wichtige Rolle zu. Ausserdem stellt das PiBS aufgrund seines geringen Mengengerüsts keine Gefährdung für die Berufsbildung dar, sofern es in der vorgeschlagenen, restriktiven Art umgesetzt wird. Für Swissem ist es absolut klar, dass der Regelzugang an die Fachhochschulen weiterhin über die Berufsbildung erfolgt. Unsere Erfahrungen zeigen zudem, dass die Firmen das PiBS-Teilzeitmodell klar bevorzugen, da dieses berufsbegleitend umgesetzt wird.

Die Tech-Industrie hat mit dem PiBS-Angebot gute Erfahrungen gemacht und das Modell ist für die Branche von grossem Interesse. Daher spricht sich Swissem dezidiert für dessen Verstetigung für die MINT-Fächer aus.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und die Prüfung unserer Anliegen und Vorschläge.

Freundliche Grüsse



Dr. Stefan Brupbacher  
Direktor



Marianne Röhrich  
Ressortleiterin Bildungspolitik

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung WBF  
Herr Bundesrat  
Guy Parmelin

*Elektronischer Versand*

**swissuniversities**

Bern, 27. November 2024

**Dr. Luciana Vaccaro**  
Präsidentin  
luciana.vaccaro@hes-so.ch

**Prof. Franco Gervasoni**  
Vize Präsident  
Präsident der Kammer FH  
T +41 31 335 07 60  
franco.gervasoni@supsi.ch

**swissuniversities**  
Effingerstrasse 15, Postfach  
3001 Bern  
www.swissuniversities.ch

## **Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG): Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis - Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG) Stellung nehmen zu können.

2014 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) im Rahmen der Fachkräfteinitiative ein Massnahmenpaket zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und zur Stärkung der Praxisorientierung beim Fachhochschulzugang verabschiedet: Eine dieser Massnahmen ermöglicht es den Fachhochschulen (FH), befristet in Studiengängen, welche zu Berufen im MINT-Bereich ausbilden, sogenannte praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) anzubieten.

Nach einer im Jahr 2019 durchgeführten Analyse und auf Vorschlag der SHK verlängerte der Bundesrat im Februar 2020 das Pilotprojekt PiBS bis zum 31. Dezember 2025, um zusätzliche Daten zu sammeln und eine neue Wirkungsanalyse durchzuführen.

Die 2023 durchgeführte Wirkungsanalyse kam wie bereits die Evaluation 2019 zum Schluss, dass die teilnehmenden Unternehmen, Fachhochschulen, Studierenden sowie Absolvierenden mit PiBS mehrheitlich zufrieden sind und für eine Verankerung im Gesetz sind. Das Interesse an PiBS hat seit 2015 stetig zugenommen. Die Fachhochschulen haben sich stark engagiert, um Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge anzubieten. Der Vorschlag, PiBS gesetzlich zu verankern, stützt sich also auf eine zehnjährige Erfahrung.

swissuniversities unterstützt die von der SHK beantragte Verstetigung von PiBS und die hierfür notwendige Anpassung des HFKG, um das Studienmodell PiBS zu verankern. Sie ermöglicht es, die begonnenen Massnahmen zur Abschwächung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich fortzusetzen. Darüber hinaus stärkt sie die Praxisorientierung der von den Fachhochschulen angebotenen Ausbildungen.

Mit Blick auf den vorgeschlagenen neuen Artikel 25a im HFKG teilen wir Ihnen gerne mit, dass wir mit den Absätzen 1 und 2 sehr einverstanden sind. In Absatz 1 wird mit der Aufzählung der Bereiche, in denen PiBS angeboten werden kann, eine wichtige Einschränkung vorgenommen, die wir unterstützen. Gemäss Art. 25a Abs. 3 bestimmt der Hochschulrat die

Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis und regelt die weiteren Voraussetzungen für die Zulassung und Studiengestaltung sowie die regelmässige Evaluation. swissuniversities würde es begrüßen, angemessen in den Entscheidungsprozess über die Definition der betroffenen Studiengänge einbezogen zu werden, und ist gerne bereit, sich bei der Umsetzung der geplanten Änderungen einzubringen.

**swissuniversities**

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Freundliche Grüsse



Dr. Luciana Vaccaro  
Präsidentin swissuniversities



Prof. Franco Gervasoni  
Präsident der Kammer FH

**Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF**

Per Mail an:  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Bern, 2. Dezember 2024

## **Vernehmlassung: Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG).**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zu obengenannter Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

### **Grundsätzliche Bemerkungen**

Für Travail.Suisse geniesst die Berufsbildung höchste Wichtigkeit. Mit über 60'000 Abschlüssen pro Jahr trägt sie entscheidend dazu bei, jungen Erwachsenen eine Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit guten Berufs- und Karriereaussichten für die Individuen und der Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften leistet die Berufsbildung einen wichtigen Beitrag für die Volkswirtschaft und hilft dadurch mit, die negativen Auswirkungen der, dem Bildungssystem inhärenten, sozialen Selektivität zu mindern. Der Sog in Richtung der allgemeinbildenden Gymnasien und damit einhergehend der schleichende Bedeutungs- und Attraktivitätsverlust der Berufsbildung betrachtet Travail.Suisse mit grosser Sorge. Klare Regeln im Bildungssystem, welche nicht durch einseitige Anreize diesen Sog in Richtung allgemeinbildender Ausbildungswege befeuern, sind deshalb unerlässlich – eine Koordination zwischen den beiden Bildungsbereichen Berufsbildung und Hochschulwesen und damit über das gesamte Bildungssystem hinweg ist deshalb dringlich angezeigt. Travail.Suisse erachtet klare Regelungen im Bildungssystem und entsprechenden «Standard»-Ausbildungswegen i.S.v. eine gymnasiale Maturität ermöglicht den Zugang zu den universitären Hochschulen und ein EFZ mit Berufsmaturität ermöglicht den Zugang zu den Fachhochschulen, als essenziell. Durchlässigkeit ist dabei über die Voraussetzung einer Arbeitswelterfahrung oder einer Ergänzungsprüfung Passerelle gegeben. Die Minderung des Fachkräftemangels im Mint-Bereich (wie in jedem anderen Bereich) und die Erhöhung des Frauenanteils in den Mint-Studiengängen wird als Zielsetzung von Travail.Suisse grundsätzlich selbstverständlich geteilt.

## Konkrete Bemerkungen

PiBS bringt oben beschriebene Ausgewogenheit und Gleichgewicht durcheinander und würde aus Sicht von Travail.Suisse zur definitiven Einführung einer besonderen Rechtfertigung bedürfen.

Die hier vorliegende Änderung des HFKG wurde 2016 als Pilotprojekt mit dem Ziel der Minderung des Fachkräftemangels im Mint-Bereich lanciert. Die Wirkungsanalyse im Jahr 2023 kommt zum Schluss, dass PiBS quantitativ und makroökonomisch keinen Beitrag zum Fachkräftemangel leisten konnte. Nicht zuletzt, da die überwiegende Mehrheit der PiBS-Studierenden auch ohne die Möglichkeit von PiBS ein Studium im Mint-Bereich aufgenommen hätten. Dem leicht erhöhten Frauenanteil in den PiBS-Studiengängen gegenüber den regulären Studiengängen im Mint-Bereich, steht eine ebenfalls leicht erhöhte Dropout-Quote gegenüber. Insgesamt lässt sich aus Sicht von Travail.Suisse aus der Wirkungsevaluation keine eindeutig positive oder negative Beurteilung der PiBS-Studiengänge ziehen, wobei das primäre Ziel aber nicht erreicht wurde. Damit ist für Travail.Suisse keine Rechtfertigung für die Verstetigung dieser partikulären Ausnahmeregelung gegeben. Für Travail.Suisse ist die Gefahr sehr gross, dass durch eine solche Ausnahmebestimmung die Arbeitswelterfahrung auch in anderen Fachrichtungen (oder gar grundsätzlich) in Frage gestellt und damit der Weg für weitere Ausnahmebestimmungen geebnet wird.

**Travail.Suisse positioniert gegenüber den vorgeschlagenen Änderungen des HFKG wie folgt:**

- **Die vorgeschlagene Verstetigung des Praxisorientierten Bachelorstudiengangs PiBS wird von Travail.Suisse abgelehnt.**
- **Wird diese Verstetigung dennoch vorgenommen, ist für Travail.Suisse klar, dass sich diese Ausnahmeregelung einzig auf den Mint-Bereich beschränken soll. Ein Verhindern der Ausdehnung auf weitere Fachrichtungen ist daher sicherzustellen.**

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für weitere Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



**Adrian Wüthrich**  
Präsident



**Gabriel Fischer**  
Leiter Bildungspolitik

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Per Mail an: sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Zürich, 28. November 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG): Stellungnahme des BSLA**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum Entwurf des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) teilnehmen zu können.

Die Ausbildung der Landschaftsarchitektur erfolgt heute primär an den beiden Fachhochschul-Studiengängen an der HEPIA und der FH OST. Entsprechend stark ist der Bund Schweizer Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten BSLA als Berufsverband von der Vorlage betroffen.

Die Mitglieder unseres Verbandes verantworten Planungen von Freiräumen und Landschaften in der Schweiz von jährlich einer halben Milliarde Franken. Sie sorgen in Büros und auf allen Staatsebenen für eine sorgfältige und zukunftsgerichtete Entwicklung der Landschaft und engagieren sich für die Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften.

Verschiedene aktuelle Berichte und Studien des BAFU, BFE und ARE weisen auf den deutlichen Mangel an Fachkräften in den Bereichen Landschaftsarchitektur und Landschaftsentwicklung hin. Der allgemeine Mangel Nachwuchsmangel in MINT-Fächern wird zusätzlich übersteuert durch den deutlichen Bedeutungsgewinn der Landschaftsarchitektur und Landschaftsentwicklung in den letzten gut 10 Jahren.

Da die Bachelor-Studiengänge der Landschaftsarchitektur in der Schweiz einzig an der HEPIA und der FH OST angeboten werden, ist diese Ausbildung auch für Personen mit gymnasialer Matur oder fachbereichsfremder Berufsmatur attraktiv. Diese müssen aktuell gemäss Art. 25 HFKG vor Studienbeginn ein Jahr «Arbeitswelterfahrung» in einem dem Fachbereich nahestehenden Beruf sammeln.

Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und  
Landschaftsarchitektinnen  
Fédération Suisse des Architectes Paysagistes  
Federazione Svizzera Architetti Paesaggisti

**BSLA**

Tel. ++41 32 968 88 89  
www.bsla.ch  
bsla@bsla.ch

Sekretariat  
Postfach  
CH-8042 Zürich

Diese einjährigen Vorpraktika sind aufgrund des grossen Einführungsaufwandes in die komplexen Methoden und Werkzeuge für unsere Büros kaum stemmbar und wenig attraktiv. Ausbildungswillige Büros bieten aus diesem Grund Lehrstellen für die Ausbildung als Zeichner EFZ an, oder bevorzugen Praktikanten und Praktikantinnen mit gewissen Vorkenntnissen.

**Zusammengefasst:**

- Der BSLA wünscht mit Nachdruck, die vorgeschlagene Möglichkeit des Praxis-integrierten Bachelor-Studiums (PiBS) definitiv einzuführen.
- Die Landschaftsarchitektur zählt gemäss der heutigen Auslegung des Bundes zu den MINT-Fächern. Dies ist auf Verordnungsstufe zwingend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen



Patrick Schoeck  
Geschäftsführer



Ladina Koeppel  
Mitglied des Vorstandes

Monsieur le Conseiller fédéral  
Guy Parmelin  
Département fédéral de l'éducation, de la recherche et de la jeunesse DEFR  
Par email  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Paudex, le 03.12.2024  
BM

## Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) - (pérennisation du projet pilote PiBS)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons étudié avec attention le projet de modification de la loi fédérale susmentionnée. Il vise à pérenniser les filières Bachelor intégrant une partie pratique (PiBS) au sein des Hautes Ecoles Spécialisées (HES) dans le domaine MINT (Mathématiques, Informatique, Sciences naturelles et Technique).

### Le PiBS

Le PiBS est un modèle de formation proposé par les HES, spécifiquement dans les filières MINT. Il combine l'enseignement théorique et pratique avec une immersion pratique en entreprise, qui représente 40 % de la formation totale.

Les étudiants signent un contrat de formation de quatre ans avec une entreprise, validé par l'Etat. Le programme comprend des cours théoriques et pratiques et des stages professionnels, en facilitant la transition des diplômés vers le marché du travail.

Le programme est ouvert aux étudiants MINT (Mathématiques, Informatique, Sciences naturelles et Techniques) sans expérience préalable dans une profession apparentée, offrant ainsi une voie alternative pour intégrer les filières MINT tout en répondant aux besoins des entreprises en personnel qualifié.

Le PiBS a été introduit en tant que projet pilote en 2015, avec une phase initiale prévue pour cinq ans, permettant des admissions de 2015 à 2019. Une évaluation concluante a été réalisée en 2025 pour permettre une pérennisation. Avec la modification proposée de la LEHE, le PiBS deviendrait une offre permanente à partir du 1er janvier 2026.

### Considérations

Depuis 2015, le modèle PiBS a démontré son efficacité pour répondre aux défis posés par la transition de l'enseignement académique solide à une immersion prolongée en entreprise, ce programme garantit aux diplômés des compétences immédiatement applicables sur le marché du travail.

Cette approche contribue de manière significative à renforcer leur employabilité, comme le confirment les entreprises partenaires, qui constatent que la majorité des diplômés restent

ou de grandes organisations, participent activement à la réussite du programme en offrant des contrats de formation aux étudiants. Cette collaboration permet non seulement de former des spécialistes en adéquation avec les besoins spécifiques des entreprises, mais aussi de renforcer leur engagement dans la formation professionnelle supérieure.

Un autre aspect notable du PiBS réside dans son attractivité auprès de la relève féminine, avec une proportion de femmes plus élevée que dans les filières MINT conventionnelles. Ce facteur est essentiel pour diversifier les profils et répondre aux exigences de travail inclusif et innovant.

### Limitation du programme PiBS

Le choix de limiter les filières PiBS au domaine MINT (Mathématiques, Informatique, Sciences naturelles et Technique) est justifié par plusieurs facteurs stratégiques et sont particulièrement touchés par la pénurie de personnel qualifié. En concentrant les efforts sur ces domaines, le programme PiBS répond de manière ciblée à des besoins spécifiques, tout

Les filières MINT se distinguent également par leur forte orientation pratique, qui se prête opérationnels et immédiatement employables, répondant ainsi aux exigences des entreprises dans ces secteurs hautement techniques. De plus, le développement des priorités stratégiques de la transformation numérique.

Le système de formation suisse.

Toute extension future du programme PiBS devrait être étudiée avec les plus grandes réserves.

### Conclusion

La pérennisation du PiBS permet de garantir les compétences des jeunes diplômés. En renforçant les synergies entre les hautes écoles spécialisées et les entreprises, ce modèle peut jouer un rôle dans le maintien de la

Il faut cependant relever une certaine ironie à cette situation. La pérennisation de ce système destiné à pallier le manque d'étudiants dans les filières MINT en les rendant accessibles aux titulaires d'une maturité gymnasiale sans expérience professionnelle dans la branche est dû au nombre insuffisant d'élèves choisissant la filière professionnelle. En conséquence, ce projet vient aménager une forme d'apprentissage dual au niveau tertiaire. Cela démontre donc que de nombreux efforts doivent encore être entrepris pour mieux valoriser la formation professionnelle.

En conclusion, nous approuvons le projet présenté.

Nous vous remercions de votre attention et vous prions de recevoir Monsieur le Conseiller fédéral, de notre haute considération.

Centre Patronal



Baptiste Müller  
Responsable politique formation

Sonja Henrich  
Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

**Betreff: Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes HFKG**

Bern, 4. Dezember 2024

Sehr geehrte Frau Henrich,

digitalswitzerland begrüsst die geplante Einführung von Bachelorstudiengängen an Fachhochschulen mit integrierter Praxis gemäss Art. 25a HFKG. Die Möglichkeit, in den MINT-Fächern praxisorientierte Studiengänge anzubieten, stärkt die berufliche Qualifizierung und hilft, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die prüfungsfreie Zulassung für Berufsmaturand:innen ohne einschlägige Grundbildung sowie für gymnasiale Maturand:innen erleichtert den Zugang derselben zum Arbeitsmarkt, einschliesslich dem ICT-Arbeitsmarkt. Auch fördert dieser Zugang die allgemeine Durchlässigkeit unseres Bildungssystems.

Wir unterstützen die Änderungen und empfehlen ihre zügige Umsetzung. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,



Franziska Barmettler  
Managing Director digitalswitzerland  
[franziska@digitalswitzerland.com](mailto:franziska@digitalswitzerland.com)



Guillaume Gabus  
Public Affairs & Extended Management  
[guillaume@digitalswitzerland.com](mailto:guillaume@digitalswitzerland.com)

---

## Über digitalswitzerland

Der Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Behördenorganisation und Politik steht im Zentrum der Arbeit von digitalswitzerland. Mit Impulsen und konkreten Beiträgen sollen die Möglichkeiten der digitalen Technologien genutzt werden. Darüber hinaus müssen die damit verbundenen Risiken gemanagt und das Vertrauen der Menschen in die Technologien gefördert werden, um die Schweiz in eine führende digitale Nation zu transformieren. Mit der künstlichen Intelligenz hat ein neues Kapitel in der Digitalisierung begonnen. Besondere Prioritäten sind die Bildung, eine vertrauenswürdige digitale Infrastruktur, Cybersecurity, eSustainability, Digital Health und eGovernment. Die damit verbundenen Herausforderungen geht digitalswitzerland in enger Zusammenarbeit mit den über 170 Mitgliedern, Partnern und anderen Verbänden an.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation SBFI  
3003 Bern  
Per E-Mail an:  
sonja.henrich@sbf.admin.ch

Biel, 3. Dezember 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG) - Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Henrich, sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Schweizerischen Drogistenverbandes (SDV) danken wir für die Möglichkeit, Ihnen unsere Position bezüglich der Vernehmlassungsvorlage Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes darzulegen. Der SDV ist als Organisation der Arbeitswelt (OdA) einerseits für die Grundbildung verantwortlich. Andererseits bietet der SDV mit einem breiten Angebot zahlreiche Möglichkeiten für die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung an. Die Höhere Fachschule für Drogistinnen und Drogisten ESD in Neuenburg ist das eidgenössisch anerkannte Kompetenzzentrum für drogistische Aus-, Fort- und Weiterbildung und zugleich die einzige Ausbildungsstätte für Drogerie-Geschäftsführende in der Schweiz.

### **1. Grundsätzliche Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf**

Der SDV befürwortet vollumfänglich die Massnahmen zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld. Hingegen lehnen wir die im erläuternden Bericht erwähnte Verstetigung des «Praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS)» - Pilotprojekts vollumfänglich ab. Die Vorlage ist nachweislich (vgl. Wirkungsanalyse 2023) weder gesellschaftlich noch gesamtwirtschaftlich legitimiert. Vielmehr stellt sie im Interesse wachstumsorientierter Fachhochschulen sowie einzelner Unternehmen das Erfolgsmodell der Schweizer Tertiärstufe – Nebeneinander von forschungsorientierten Hochschulen und praxisorientierter Höherer Berufsbildung - fundamental in Frage und öffnet den Weg für eine umfassende Akademisierung weiterer Berufsfelder und Branchen.



## 2. Rückmeldung zu einzelnen Änderungsvorschlägen der Vorlage

Wir unterstützen im ganzen Erlass die sprachliche Anpassung des Ausdrucks „Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen“ durch „Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen“. Für die Rückmeldung zu den einzelnen Änderungsvorschlägen der Vorlage verweisen wir überdies auf die Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Höheren Fachschulen, welche wir nachfolgend eingefügt haben.

### **Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis**

Dieser Artikel ist vollumfänglich abzulehnen, aus folgenden Gründen:

- PiBS etablieren ein art- und systemfremdes duales Bildungsmodell im Hochschulbereich ohne den Nachweis gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Notwendigkeit und Relevanz zu erbringen. Die Wirkungsanalyse kommt zweifelsfrei zum Schluss, dass PiBS «weder die Anzahl MINT-Fachkräfte noch den Frauenanteil an MINT-Fachkräften substanziell erhöht» und dies «voraussichtlich auch künftig nicht tun» wird. Es liegt somit gesellschaftlich und makroökonomisch betrachtet keine massgebliche Verbesserung der zu bekämpfenden Situation vor. Vielmehr wurde das PiBS-Modell auf Wunsch und nach Gutdünken weniger Firmen und Fachhochschulen entwickelt und befristet durch den Bund offiziellisiert. Wenn dieses, von gesellschaftlich geringfügigen Partikularinteressen dominierte Vorgehen Schule macht, wird das Schweizerische Bildungssystem innerhalb kurzer Zeit nur noch aus Ausnahmen und Sonderwegen bestehen. Der erläuternde Bericht enthält kein einziges Argument, wieso der für den MINT-Bereich vorgesehene, staatlich ausfinanzierte Weg nicht auch in anderen Berufsfeldern und Branchen beschritten werden könnte. Wenn das erwiesenermassen beinahe wirkungslose Einzelinteresse weniger Unternehmen, Studierender und Schulen für die Etablierung eines neuen Bildungstyps ausreicht, dann wäre die branchenübergreifende Grundordnung des schweizerischen Bildungssystems innerhalb von kurzer Zeit nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die anderslautenden Zusicherungen im erläuternden Bericht (4. Kapitel zu Art. 25a Absatz 1 sowie Kapitel 4.2) wirken in diesem Kontext beschönigend, realitätsfremd und irreführend.
- Die im erläuternden Bericht unter Kap. 4.2 gemachte Aussage, dass die Vorlage keine Auswirkungen auf das schweizerische Bildungssystem hätte, muss aufgrund der Faktenlage als schlicht falsch und damit absolut inakzeptabel täuschend eingestuft werden. Einerseits wird das Bildungssystem durch den oben beschriebenen Mechanismus verändert werden. Andererseits sind die Rückmeldungen der Partnerunternehmen zu den Auswirkungen auf das Lehrstellenangebot (vgl. S. 56 Wirkungsanalyse) alles andere als eindeutig. So geben z. B. drei von vier der Partnerunternehmen mit längerem Erfahrungshintergrund an, dass die Anstellung von PiBS-Studierenden eher zu einer Reduktion der Lehrstellen (EFZ) geführt habe. Dazu kommt, dass ein massgeblicher Teil der Unternehmen (26 %) die Anstellung von PiBS-Studierenden gegenüber der Anstellung von Lernenden für finanziell attraktiver hält. Geradezu unglaublich mutet indes der Umstand an, dass in der Analyse des SBFJ resp. Barbara Haering/econcept die Auswirkungen auf die Höhere Berufsbildung und die HF völlig ausser Acht gelassen wurden. Dabei kommt für das Zielpublikum



der PiBS ein Studium an einer HF Technik resp. Informatik jederzeit in Frage. Die Vorlage des Bundes resp. die beabsichtigte Gesetzesänderung blendet die Konkurrenzierung der (Höheren) Berufsbildung komplett aus. Sie präsentiert vielmehr auf der Basis einer inhaltlich unvollständigen Studie einen neuen, unausgegorenen Hochschul-Studiengangstyp, der die gesamtgesellschaftlich und -wirtschaftlich nachweisbar höchst relevante (Höhere) Berufsbildung systemisch, v. a. mittel- und langfristig im Kern angreift, ja bedroht. Auch damit wird die Vorlage die ohnehin grassierende Akademisierung weiter beschleunigen.

Aus unserer Sicht muss die Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich in erster Linie über die berufliche Grundbildung sowie die Höhere Berufsbildung angegangen werden. Dort kann auf längstens im Arbeitsmarkt bewährte und systemkonforme Bildungsmodelle und -wege zurückgegriffen werden. Diese Lösungen wären zudem an Berufsfachschulen und Höheren Fachschulen für die Allgemeinheit deutlich günstiger zu realisieren als an Fachhochschulen.

Wir sind der Ansicht, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und der Höheren Berufsbildung nicht nur der effektivere Weg wäre, um den akuten Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen, sondern auch entscheidend, um die Stärken beider Bildungswege optimal zu kombinieren. Die Fachhochschulen können von der Praxisnähe und der tief verwurzelten Berufserfahrung profitieren, welche die Höhere Berufsbildung auszeichnet, während die Höhere Berufsbildung durch den Zugang zu den wissenschaftlichen Ressourcen der Fachhochschulen gestärkt würde.

Nur durch eine enge Kooperation können zukunftsfähige Bildungsabschlüsse geschaffen werden, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden und gleichzeitig die Qualität und Vielfalt der Schweizer Bildungslandschaft sichern.

Der Schweizerische Drogistenverband dankt Ihnen für eine Berücksichtigung dieser Anliegen.

Freundliche Grüsse

Andrea Ullius  
Leiter Politik und Branche  
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Thomas Althaus  
Direktor Höhere Fachschule für Drogistinnen und Drogisten ESD  
Mitglied der Geschäftsleitung



Fédération des  
Entreprises  
Romandes

FER Genève - FPE Bulle - UPCF Fribourg  
FER Arcju - FER Neuchâtel - FER Valais

[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche  
(DEFR)

A l'attention de Monsieur Guy Parmelin,  
Conseiller fédéral

Genève, le 27 novembre 2024  
SJ/3187 – FER No 48-2024

## Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) a pris connaissance avec intérêt de l'objet mis en consultation et vous prie de bien vouloir recevoir sa prise de position.

### Préambule

En vertu de l'art. 63a de la Constitution fédérale, la Confédération et les cantons veillent ensemble à la coordination et à la garantie de l'assurance de la qualité dans l'espace suisse des hautes écoles.

Au vu de l'évolution rapide du monde du travail et de la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, la mission de ces hautes écoles est essentielle pour la place économique suisse et la compétitivité internationale de notre pays.

De plus, concernant l'employabilité des diplômés de ces hautes écoles, les enquêtes de l'Office fédéral de la statistique démontrent incontestablement que ces jeunes s'insèrent, majoritairement avec succès, sur le marché du travail et que leur taux d'activité est supérieur à la moyenne. Ils trouvent également un emploi adapté à leur formation.

### Bilan de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)

Notre Fédération salue cette révision visant la pérennisation du projet pilote PiBS, en l'inscrivant dans la LEHE. Le cadre juridique actuel, sur lequel il repose, arrivera à échéance le 1<sup>er</sup> janvier 2025.

Il est important de rappeler que les filières PiBS ont été lancées en 2014, dans le cadre de l'initiative visant à combattre la pénurie de main-d'œuvre qualifiée. Ces cursus, d'une durée de quatre ans, contre trois ans pour des études standard, comportent **une partie pratique dans une entreprise** pour un volume correspondant à 40 % de la durée totale du parcours. Un contrat de formation est signé avec

une entreprise et validé par les hautes écoles spécialisées.

Toutes les hautes écoles suisses proposent ce modèle d'études à temps plein ou à temps partiel. Largement orientées vers la pratique, ces filières permettent aux étudiants d'acquérir des compétences pratiques et facilitent la transition entre leurs études et le marché du travail.

Depuis 2015, plus de 500 personnes ont commencé un programme PiBS. A titre comparatif, 32 admissions au programme PiBS avaient été enregistrées en 2015, contre 128 en 2022. Les admissions au programme PiBS restent toutefois inférieures aux admissions aux HES. De 2019 à 2022, environ 20 à 30 étudiants ont terminé un programme PiBS.

La demande est régulée par les entreprises, qui ne sont pas suffisamment nombreuses à proposer des places de formation. Néanmoins, l'intérêt de celles-ci pour les coopérations PiBs avec des hautes écoles spécialisées augmente globalement, tant au niveau des grandes entreprises que des PME. Selon les HES, la demande en places d'études est si élevée que les personnes ne trouvent pas toutes une place de formation dans le programme PiBS

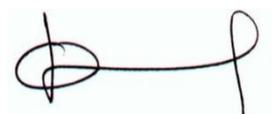
### **Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)**

Forte de ce constat, notre Fédération estime nécessaire de pérenniser le PiBS et de modifier en conséquence la LEHE. Cependant, elle émet une réserve dans ce projet de révision sur la possibilité donnée aux hautes écoles de pouvoir admettre des titulaires d'une maturité professionnelle fédérale n'ayant pas suivi de formation professionnelle initiale dans une profession apparentée au domaine d'études choisi.

Notre Fédération recommande également que les filières PiBS ne puissent être mises en œuvre que si une filière conventionnelle (trois ans) est dispensée dans la HES concernée.

Ces jeunes n'ayant pas l'expérience pratique requise avant leur entrée dans les hautes écoles spécialisées (HES), **l'introduction de stages ou de formations complémentaires, obligatoires, se révélerait donc importante, afin que les cursus soient axés sur la pratique professionnelle et l'acquisition de toutes les connaissances spécialisées du domaine.** En effet, au début de leur cursus, les étudiants PiBS ont de moins bonnes compétences pratiques que les titulaires d'un certificat fédéral de capacité (CFC) et d'une maturité professionnelle.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes, et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.



Olivier Sandoz  
Secrétaire général adjoint



Frank Sobczak  
Directeur Formation  
FER Genève

### **La Fédération des Entreprises Romandes en bref**

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, Bulle, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 47'000 membres.



Verband der Lehrenden und Forschenden an Schweizer Fachhochschulen (fh-ch)  
Fédération des enseignants et chercheurs des Hautes écoles spécialisées suisses (hes-ch)  
Federation dei docenti e ricercatori delle Scuole universitarie professionali svizzere (sup-ch)

sonja.henrich@sbf.admin.ch  
Eidgenössisches Department für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Sonja Heinrich  
3003 Bern

Bern, 4. Dezember 2024

## **Vernehmlassungsantwort zur „Änderung des Hochschulförderungs- und - koordinationsgesetzes (HFKG)“ – Stellungnahme des fh-ch**

### **Sehr geehrte Damen und Herren**

Der fh-ch, der Verband der Lehrenden und Forschenden an Schweizer Fachhochschulen, bedankt sich bei der Schweizerischen Hochschulkonferenz SHK für die Einladung zur Vernehmlassung über die Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) und nimmt wie folgt Stellung.

**Allgemein:** Der fh-ch unterstützt die Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG).

Die praxisorientierten Bachelorstudiengänge (PiBS) wurden 2015 im Rahmen der Fachkräfteinitiative eingeführt, um Maturanden ohne Arbeitswelterfahrung den Zugang zu MINT-Studiengängen an Fachhochschulen (FH) zu ermöglichen.

Der fh-ch begrüsst die Überführung der geltenden übergangsrechtlichen Regelungen der praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) in das HFKG, die die Durchlässigkeit der schweizerischen Bildungssystem und das Profil der Fachhochschulen durch die praxisorientierten Bachelorstudiengänge stärken.

Die «koordinierte Durchlässigkeit» zwischen den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen ist für swissfaculty ein wesentliches Ziel der Hochschulbildung entsprechend dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) Artikel 12, Absatz 3.

### **Wirkungsanalyse PiBS<sup>1</sup>:** Herausforderungen bei den Arbeitswelterfahrungen

Der fh-ch hat zusammen mit swissfaculty in der Vernehmlassungsantwort<sup>2</sup> zur „Verordnung des Hochschulrates über die Zulassung zu den Fachhochschulen“ die Stärkung der Durchlässigkeit im Jahr 2020 begrüsst.

---

<sup>1</sup> Wirkungsanalyse zum Praxisintegrierten Bachelorstudiengang PiBS, Schlussbericht, 30. August 2023, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

<sup>2</sup> swissfaculty, Vernehmlassungsantwort zur „Verordnung des Hochschulrates über die Zulassung zu den Fachhochschulen“ – Stellungnahme von swissfaculty, 2020

Dabei hat der fh-ch auf die zwei Problembereiche, der Sozialisationsphase in die Arbeitswelt und fehlende Praktikumsangebote für potenzielle Studierende hingewiesen. Dies trifft insbesondere Studierende mit gymnasialer Maturität wie auch Studienabbrecherinnen und -abbrecher der Universitäten und ETH.

Die Wirkungsanalyse PiBS des SBFI deckt sich mit den erkannten Problembereichen in der Vernehmlassung<sup>2</sup> des fh-ch.

Aus Sicht des fh-ch überwiegen die Vorteile gegen über den Herausforderungen:

1. Praxisorientierung:

- Die Praxisorientierung der Studierenden verbessert sich im Verlauf des Studiums, und PiBS-Absolventen sind hoch arbeitsmarktfähig.
- Unternehmen, Studiengangleitende und Studierende sehen in PiBS Vorteile gegenüber traditionellen Wegen, insbesondere hinsichtlich der Praxisorientierung.
- PiBS erlaubt es, die Praxiserfahrung während des Studiums zu erwerben.
- Die Zufriedenheit aller Beteiligten (Studierende und Unternehmungen) ist gross.
- Es gibt keine Hinweise auf negative Auswirkungen auf das Bildungssystem oder eine Verdrängung anderer Ausbildungswege. Unternehmen profitieren (?) punktuell von PiBS, insbesondere in spezialisierten MINT-Bereichen

2. Nachfrage

- Trotz einem stetigen Anstieg der Eintritte und Abschlüsse bleibt die Nachfrage nach PiBS gering.
- Allerdings hat PiBS bisher weder den Fachkräftemangel im MINT-Bereich substantziell gemindert noch den Frauenanteil in diesen Berufen erhöht.

**Fazit**

Die Fachhochschule engagieren sich am Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten mit den Unternehmungen und potenziellen PiBS-Studierenden. Insbesondere der demografisch bedingte Einbruch der Studierendenzahlen in MINT-Studiengängen an Fachhochschulen begrenzt die Nachfrage und den Ausbau des PiBS-Angebotes der Fachhochschulen. Dies wird sich demografisch und angebotsseitig verbessern.

Der fh-ch dankt für die Möglichkeit, zur Vorlage Stellung nehmen zu dürfen, und bittet Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Prof. Dr. Anne Krauter  
Präsidentin des fh-ch



Prof. Dr. Norbert Hofmann  
Mitglied des ZV des fh-ch



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung VVBF

architektur@ost.ch  
+41 58 257 12 80

Per E-Mail an: sonja.henrich@sbfi.admin.ch

3. Dezember 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG): Stellungnahme der ArchitekturWerkstatt der OST- Ostschweizer Fachhochschule**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum Entwurf des Hochschulförderungs- und - koordinationsgesetzes (HFKG) teilnehmen zu können.

Die Gesellschaft und somit auch die Frage, was Architektur in Zukunft bedeutet, verändert sich. Wie die Ausbildung und das Berufsbild des Architekten, der Architektin in Zukunft aussehen wird, beschäftigt uns alle zunehmend.

Da in den letzten Jahren ein gravierender Anstieg der Studieninteressierten ohne abgeschlossene Zeichnerlehre (Berufsfremde Lehren mit BMS, Gymnasiale Matura) an den Fachhochschulen wahrgenommen wurde, wird an der Ostschweizer Fachhochschule ein 4-wöchiger Vorkurs für Interessenten ohne Bauernfahrung angeboten, um sie damit für eine 12-monatige Arbeitswelterfahrung gemäss Art. 25 HFKG vorzubereiten. Für die Architekturbüros sind diese einjährigen Vorpraktika aufgrund des grossen Einführungsaufwandes in die komplexen Methoden und Werkzeuge so kaum zumutbar und wenig attraktiv. Dies führt dazu, dass die Praktikumsplätze sehr rar sind. Ein Praxis-integriertes Bachelorstudium (PiBs), bei welchem die Studierenden für vier Jahre im Büro mit einem Pensum von ca. 40 – 50 % arbeiten und berufsbegleitend studieren, ist für die Büros hingegen inhaltlich wie wirtschaftlich viel interessanter. Somit wird die Grundausbildung der Architektur gestärkt und dem ausgewiesenen Fachkräftemangel entgegengewirkt.

### **Zusammengefasst:**

- Die ArchitekturWerkstatt mit dem Bachelor- und Masterstudium Architektur wünscht mit Nachdruck, die vorgeschlagene Möglichkeit des Praxis- integrierten Bachelor-Studiums (PiBS) definitiv einzuführen.
- Die Architektur zählt gemäss der heutigen Auslegung des Bundes zu den MINT-Fächern. Dies ist auf Verordnungsstufe zwingend zu berücksichtigen.
- Der Fachkräftemangel in den baunahen Berufen, insbesondere auch der Architektur, existiert weiterhin.
- Ein Studienbegleitendes Praktikum wie das PiBS-Modell würde die Einstiegsschwelle vor Studienbeginn deutlich reduzieren.

**Wir empfehlen daher dringend, das PiBS-Modell nicht nur zu verstetigen, sondern es über den klassischen MINT-Bereich hinaus auch auf das Studium der Architektur und weitere Studiengänge auszuweiten.**

Freundliche Grüsse

OST – Ostschweizer Fachhochschule



Prof. Anna Jessen  
Leitung ArchitekturWerkstatt



Simone Kölbener  
Operative Leitung ArchitekturWerkstatt



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Staatssekretariat für Bildung,  
Forschung und Innovation SBF  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Ort, Datum Bern, 28. November 2024  
Ansprechpartner/in Priska Wallimann

Direktwahl  
E-Mail

031 335 11 67  
[priska.wallimann@hplus.ch](mailto:priska.wallimann@hplus.ch)

## Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

H+ Die Spitäler der Schweiz (H+) bedankt sich für die Möglichkeit, zu den vorgeschlagenen Änderungen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes Stellung zu nehmen. Gerne übermitteln wir Ihnen mit vorliegendem Schreiben die Haltung von H+ Die Spitäler der Schweiz.

*H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Uns sind 205 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 435 Standorten sowie 138 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. Wir vertreten über 200'000 Arbeitsverhältnisse.*

### 1. Allgemeine Bemerkungen

Gemäss Hochschulförderungs- und koordinationsgesetz vom 30. September 2011 müssen Absolvierende der gymnasialen Matura sowie der Berufsmaturität mit nicht einschlägigem Beruf in Bezug auf die Studienrichtung vor Antritt des Studiums eine einjährige Arbeitswelterfahrung absolvieren. 2014 hat man im Massnahmenpaket zur Minderung des Fachkräftemangels und zur Stärkung der Praxisorientierung im MINT-Bereich eine befristete Möglichkeit geschaffen, sogenannte Praxisintegrierte Bachelorstudiengänge zu ermöglichen. Dabei werden Studierende mit oben genannten Voraussetzungen direkt zum Studium zugelassen, in dem sie einen Vertrag mit einem Unternehmen eingehen und in einem ein Jahr länger dauernden Studium die fehlende Arbeitswelterfahrung (AWE) branchenspezifisch erhalten.

Nach der insgesamt positiven Gesamteinschätzung dieser mehrjährigen Pilotphase soll diese Ausnahme von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe a nun gesetzlich in einem neuen Artikel 25a verankert werden und das Fortbestehen dieser Studiums-Variation ermöglichen.

### 2. Stellungnahme H+

H+ befürwortet die gesetzliche Änderung, wonach praxisintegrierte Bachelorstudiengänge im MINT-Bereich den Zugang für Personen ohne einschlägige Vorbildung permanent möglich machen. Die in der Umsetzung angebotenen Teil- und Vollzeit-Modelle sprechen unterschiedliche

Präferenzen der Absolvierenden an und verbessern dadurch die Passung zur gewählten Ausbildung zusätzlich (und erhöhen somit den Ausbildungserfolg).

Die Massnahme bietet Betrieben, die bisher nicht oder wenig Bachelorstudierende ausgebildet haben, eine grosse Chance. Sie können künftige Fachkräfte spezifisch rekrutieren und sie in der praktischen Ausbildung, parallel zum Studium, für den Arbeitsmarkt ideal vorbereiten.

Wir sehen die Einführung der PIBS daher als wichtige zusätzliche Massnahme zur Behebung des Fachkräftemangels und keinesfalls als Konkurrenz zum bisherigen Studienangebot und auch nicht als Konkurrenz zur HF-Ausbildung.

Dabei bleibt aber entscheidend wichtig, dass die übergeordnete Regulierung bzw. Evaluation für die Betriebe umsetzbar bleiben und ihnen bei der Gestaltung der Inhalte betriebspezifische Freiräume gewährt werden.

### 3. Fazit

H+ befürwortet die gesetzliche Änderung, wonach praxisintegrierte Bachelorstudiengänge im MINT-Bereich den Zugang für Personen ohne einschlägige Vorbildung permanent möglich machen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen und stehen Ihnen für ergänzende Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Anne-Geneviève Bütikofer  
Direktorin



Ines Trede  
Leiterin Bildung

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

Versand per E-Mail an: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Basel, 4. Dezember 2024 kv

## **Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes Stellung nehmen zu können. Der Life Sciences Cluster in der Region Basel ist auf optimale Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu gehört u.a. die Verfügbarkeit von genügenden und qualifizierten Fachkräften im MINT-Bereich.

Aus diesem Grund unterstützen wir die Stellungnahme unseres Dachverbandes economiesuisse und schliessen uns seinen Argumenten an. Insbesondere befürworten wir mit Nachdruck die Rückkommensklausel, die eine unerwünschte Ausweitung des Praktikumsintegrierten Bachelorstudiengangs (BiPS) verhindern soll.

Freundliche Grüsse

### **Handelskammer beider Basel**

  
**Martin Dätwyler**  
Direktor

  
**Karin Vallone**  
Leiterin Bildung

Beilage: Stellungnahme economiesuisse

Karin Vallone  
Leiterin Bildung

Tel. +41 61 270 60 86  
Fax +41 61 270 60 05

[k.vallone@hkbb.ch](mailto:k.vallone@hkbb.ch)

### **Handelskammer beider Basel**

St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
F +41 61 270 60 05

[www.hkbb.ch](http://www.hkbb.ch)

Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen  
Belpstrasse 41 · 3007 Bern

---

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

**Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation SBFI**

Per E-Mail an:  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Bern, 26. November 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Höheren Fachschulen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen (K-HF) musste mit Erstaunen und Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass sie als gesamtschweizerische Vereinigung tertiärer Bildungseinrichtungen und damit **Direktbetroffene** der vorgesehenen Gesetzesänderung **nicht** auf der Liste der (ständigen) Vernehmlassungsadressaten erscheint und entsprechend auch nicht direkt **zur Vernehmlassung eingeladen** wurde. Da im umgekehrten Fall die Hochschulen – unseres Erachtens berechtigterweise – zu sämtlichen Fragen der Höheren Berufsbildung einbezogen werden, befremdet diese Handhabung des WBF resp. SBFI umso mehr. Erschwerend kommt dazu, dass die ungleiche Behandlung der Bildungstypen im politischen Prozess bereits mehrfach moniert wurde. Den vom SBFI dabei abgegebenen Versprechen auf fairen Einbezug der Vertreter:innen der Höheren Berufsbildung sind, wie der aktuelle Fall zeigt, bisher keine Taten gefolgt.

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen ist die Dachorganisation der Höheren Fachschulen. Der Verband repräsentiert über 150 Bildungsinstitutionen und vertritt so mehr als 95 % aller privaten und öffentlichen Höheren Fachschulen aus allen Landesteilen und Sprachregionen der Schweiz, an denen über 33'000 Studierende pro Jahr ausgebildet werden.

### **Allgemeine Bemerkungen**

**Die Höheren Fachschulen begrüssen ausdrücklich Massnahmen zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld.**

**Die K-HF lehnt aber die Verstetigung des «PiBS»-Pilotprojekts im Bundesgesetz vehement ab.**

**Die Vorlage ist nachweislich (vgl. Wirkungsanalyse 2023) weder gesellschaftlich noch gesamtwirtschaftlich legitimiert. Vielmehr stellt sie im Interesse wachstumsorientierter Fachhochschulen sowie einzelner Unternehmen das Erfolgsmodell der Schweizer Tertiärstufe – Nebeneinander von forschungsorientierten Hochschulen und praxisorientierter Höherer Berufsbildung - fundamental in Frage und öffnet den Weg für eine umfassende Akademisierung weiterer Berufsfelder und Branchen.**

### **Rückmeldung zu einzelnen Änderungsvorschlägen der Vorlage**

- Die K-HF unterstützt die sprachliche Anpassung im Bundesgesetz durch den Ersatz des Ausdrucks «Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen» durch «Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen».
- Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis

Die K-HF lehnt den Artikel aus folgenden Gründen entschieden ab:

- PiBS etablieren ein art- und systemfremdes duales Bildungsmodell im Hochschulbereich ohne den Nachweis gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Notwendigkeit und Relevanz zu erbringen. Die Wirkungsanalyse kommt zweifelsfrei zum Schluss, dass PiBS «weder die Anzahl MINT-Fachkräfte noch den Frauenanteil an MINT-Fachkräften substanziell erhöht» und dies «voraussichtlich auch künftig nicht tun» wird. Es liegt somit gesellschaftlich und makroökonomisch betrachtet keine massgebliche Verbesserung der zu bekämpfenden Situation vor. Vielmehr wurde das PiBS-Modell auf Wunsch und nach Gutdünken weniger Firmen und Fachhochschulen entwickelt und befristet durch den Bund offiziellisiert. Wenn dieses, von gesellschaftlich geringfügigen Partikularinteressen dominierte Vorgehen Schule macht, wird das Schweizerische Bildungssystem innerhalb kurzer Zeit nur noch aus Ausnahmen und Sonderwegen bestehen. Der erläuternde Bericht enthält kein einziges Argument, wieso der für den MINT-Bereich vorgesehene, staatlich ausfinanzierte Weg nicht auch in anderen Berufsfeldern und Branchen beschritten werden könnte. Wenn das erwiesenermassen beinahe wirkungslose Einzelinteresse weniger Unternehmen, Studierender und Schulen für die Etablierung eines neuen Bildungstyps ausreicht, dann wäre die branchenübergreifende Grundordnung des schweizerischen Bildungssystems innerhalb von kurzer Zeit nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die anderslautenden Zusicherungen im erläuternden Bericht (4. Kapitel zu Art. 25a Absatz 1 sowie Kapitel 4.2) wirken in diesem Kontext beschönigend, realitätsfremd und irreführend.
- Die im erläuternden Bericht unter Kap. 4.2 gemachte Aussage, dass die Vorlage keine Auswirkungen auf das schweizerische Bildungssystem hätte, muss aufgrund der Faktenlage als schlicht falsch und damit absolut inakzeptabel täuschend eingestuft werden. Einerseits wird das Bildungssystem durch den oben beschriebenen Mechanismus verändert werden. Andererseits sind die Rückmeldungen der Partnerunternehmen zu den Auswirkungen auf das Lehrstellenangebot (vgl. S. 56 Wirkungsanalyse) alles andere als eindeutig. So geben z. B. drei von vier der Partnerunternehmen mit längerem Erfahrungshintergrund an, dass die Anstellung von PiBS-Studierenden eher zu einer Reduktion der Lehrstellen (EFZ) geführt habe. Dazu kommt, dass ein massgeblicher Teil der Unternehmen (26 %) die Anstellung von PiBS-Studierenden gegenüber der Anstellung von Lernenden für finanziell attraktiver hält. Geradezu unglaublich mutet indes der Umstand an, dass in der Analyse des SBFi resp. barbara haering/econcept die Auswirkungen auf die Höhere Berufsbildung und die HF völlig ausser Acht gelassen wurden. Dabei kommt für das Zielpublikum der PiBS ein

Studium an einer HF Technik resp. Informatik jederzeit in Frage. Die Vorlage des Bundes resp. die beabsichtigte Gesetzesänderung blendet die Konkurrenzierung der (Höheren) Berufsbildung komplett aus. Sie präsentiert vielmehr auf der Basis einer inhaltlich unvollständigen Studie einen neuen, unausgegorenen Hochschul-Studiengangstyp, der die gesamtgesellschaftlich und -wirtschaftlich nachweisbar höchst relevante (Höhere) Berufsbildung systemisch, v. a. mittel- und langfristig im Kern angreift, ja bedroht. Auch damit wird die Vorlage die ohnehin grassierende Akademisierung weiter beschleunigen.

Die K-HF vertritt indessen die Auffassung, dass die Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich in erster Linie über die berufliche Grundbildung sowie die Höhere Berufsbildung angegangen werden muss. Dort kann auf längstens im Arbeitsmarkt bewährte und systemkonforme Bildungsmodelle und -wege zurückgegriffen werden. Diese Lösungen wären zudem an Berufsfachschulen und Höheren Fachschulen für die Allgemeinheit deutlich günstiger zu realisieren als an Fachhochschulen.

Wir möchten an dieser Stelle untermauern, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und der Höheren Berufsbildung nicht nur der effektivere Weg wäre, um den akuten Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen, sondern auch entscheidend, um die Stärken beider Bildungswege optimal zu kombinieren. Die Fachhochschulen können von der Praxisnähe und der tief verwurzelten Berufserfahrung profitieren, die die Höhere Berufsbildung auszeichnet, während die Höhere Berufsbildung durch den Zugang zu den wissenschaftlichen Ressourcen der Fachhochschulen gestärkt würde.

Nur durch eine enge Kooperation können wir zukunftsfähige Bildungsabschlüsse schaffen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden und gleichzeitig die Qualität und Vielfalt der Schweizer Bildungslandschaft sichern.

Die K-HF steht Wirtschaft, Politik und Behörden für die Mitentwicklung zukunftssträchtiger Fördermodelle jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Ihre allfälligen Rückfragen stehen wir mit Vergnügen bereit.

Freundliche Grüsse



Peter Berger  
Präsident, **Schweizerische Konferenz  
der Höheren Fachschulen**



Claudia Zürcher  
Vizepräsidentin, **Schweizerische Konferenz  
der Höheren Fachschulen**

Konferenz der Höheren Fachschulen Technik  
c/o Daniel Sigron, Römergässli 6, 2502 Biel

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

**Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation SBFI**

Per E-Mail an:  
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Biel, 02. Dezember 2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme der Konferenz der Höheren Fachschulen Technik**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Höheren Fachschulen (KHF-T) musste mit Erstaunen und Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass sie als direktbetroffene Fachkonferenz **«Technik»** nicht auf der Liste der Vernehmlassungsadressaten erscheint und entsprechend auch nicht direkt zur Vernehmlassung eingeladen wurde.

Die Konferenz der Höheren Fachschulen Technik ist die Fachorganisation der Höheren Fachschulen für Technik. Der Verband repräsentiert 54 Bildungsinstitutionen und vertritt so über 95% aller privaten und öffentlichen Höheren Fachschulen für Technik aus allen Landesteilen und Sprachregionen der Schweiz, an denen über 9'000 Studierende pro Jahr ausgebildet werden.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die Höheren Fachschulen Technik begrüssen ausdrücklich Massnahmen zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld.

Die KHF-T lehnt aber die Verstetigung des «PiBS»-Pilotprojekts im Bundesgesetz vehement und mit aller Deutlichkeit ab.

Die KHF-T lehnt sich dabei an die Vernehmlassungsantwort der Konferenz der Höheren Fachschulen (K-HF) und unterstützt diese vollumfänglich.

Die KHF-T vertritt mit Nachdruck die Auffassung, dass die Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich in erster Linie über die berufliche Grundbildung sowie die Höhere Berufsbildung angegangen werden muss. Dort kann auf längstens im Arbeitsmarkt bewährte und systemkonforme Bildungsmodelle und -wege zurückgegriffen werden. Das Projekt Berufsbildung 2030 soll genau in diesen Bereichen Massnahmen treffen und umsetzen. Die Berufsbildung muss in allen Fällen den gesamten Bereich – Sekundarstufe II und Tertiärbereich – umfassen.

Unter diesem Aspekt möchten wir an dieser Stelle untermauern, dass es der effektivere Weg wäre, den akuten Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen, die bewährten Gefässe der Höheren Berufsbildung zu benutzen. Die Höheren Fachschulen zeichnen sich durch die Praxisnähe und die tief verwurzelte Berufserfahrung aus. Die Rahmenlehrpläne Technik sehen genau für dieses Zielpublikum eine Lösung mit 5400 Lernstunden in einem berufsbegleitenden Studium vor. Die Höheren Fachschulen Technik leisten so einen wesentlichen Beitrag, damit Personen mit fehlenden MINT-Kompetenzen diese Lücken praxisnah schliessen können. Weiter kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass bereits heute zahlreiche HF-Absolvierende, nach Abschluss ihres HF-Studiums, erfolgreich den etablierten Weg über die Passerelle an eine Fachhochschule nutzen.

Nachweislich sind die Angebote an Höheren Fachschulen um ein Vielfaches günstiger als an Hochschulen, die Vergleiche dazu findet man, wenn man die entsprechenden interkantonalen Ausgleichszahlungen herbeizieht. Gerade in Zeiten mit knapper werdenden öffentlichen Mitteln fehlt es uns hierzu an Verständnis für eine solch unnötige und kontraproduktive Massnahme.

Wie oben dargelegt sind die HF-Angebote zudem institutionell an die Praxis geknüpft, weshalb es völlig systemfremd wäre, die nun auch an den Fachhochschulen zu implementieren.

Die KHF-T will folgende 4 Punkte hervorstreichen:

1. Das «PiBS» Projekt muss eingestellt und darf unter keinen Umständen weitergeführt werden.
2. Mit der Verstetigung des «PiBS»-Pilotprojekts im Bundesgesetz wird der berufsbildende Weg massiv und nachhaltig weiter geschwächt.
3. Die Attraktivität für die Gymnasiale Maturität wird noch weiter gestützt, wohingegen die Berufslehre erneuert an Attraktivität verlieren würde
4. Eine Weiterführung von PiBS führt zu massiven und unnötigen Mehrkosten – da die Angebote an Höheren Fachschulen bereits bestehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



**Stefan Eisenring**  
**Co-Präsident**



**Claude Maitre**  
**Co-Präsident**



**Daniel Sigron**  
**Leiter Geschäftsstelle KHF-T**

Schweizerischer Baumeisterverband, Postfach, 8042 Zürich

Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung (WBF)  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1  
Einsteinstrasse 2  
CH-3003 Bern

**Dr. Franziska Hedinger**

Bildung

Senior Fachspezialistin Bildung

franziska.hedinger@baumeister.ch

Zürich, 4. Dezember 2024

## **Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiums (PiBS): Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Eröffnung der Vernehmlassung vom 4. September 2024 laden Sie interessierte Kreise ein, Stellung zur Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiums (PiBS): Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) zu nehmen.

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) ist die gesamtschweizerische Berufs-, Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisation des Bauhauptgewerbes mit über 20 Milliarden Umsatz und rund 80'000 Mitarbeitenden. Mit Sektionen in allen Kantonen vertritt der SBV die Interessen von mehr als 2'500 Bauunternehmen. Das Bauhauptgewerbe erwirtschaftet rund fünf Prozent der Schweizer Wertschöpfung (BIP). Der SBV ist die Organisation der Arbeitswelt für den Hoch- und Tiefbau und engagiert sich als Verbundpartner mit Bund und Kantonen für eine zukunftsorientierte Bildung. Als einer der grössten Sozialpartner der Schweiz setzt er sich für faire und wirtschaftliche Arbeitsbedingungen in der Branche ein.

### **Konsolidierte Meinung**

Aufgrund der nichterreichten Zielsetzung des Programmes und den potenziellen Negativauswirkungen auf das (Berufs-)Bildungssystem lehnt der SBV die Verstetigung von PiBS ab.

Mit PiBS wird der gymnasiale Bildungsweg gegenüber der Berufsbildung aufgewertet, da Absolventinnen und Absolventen der gymnasialen Maturität ein weiterer Bildungsweg eröffnet wird.

### **Unterstützung berufsbegleitender Studiengänge, jedoch kritische Haltung gegenüber PiBS**

Der SBV spricht sich klar für die Förderung berufsbegleitender Studiengänge aus. Es ermöglicht ausgebildeten Fachkräften, sich weiterzubilden und gleichzeitig in der Arbeitswelt aktiv zu bleiben. Das bietet nicht nur den Studierenden selbst, sondern auch den Unternehmen klare Vorteile. Allerdings zeigen die Erkenntnisse aus der Wirkungsanalyse zum Pilotprogramm PiBS, dass dieses Angebot bisher kaum genutzt wird. Die ursprünglichen Zielsetzungen des PiBS insbesondere eine signifikante Erhöhung der Anzahl an

MINT-Fachkräften und des Frauenanteils in diesen Berufen wurden nicht erreicht. Ebenso geht die Wirkungsanalyse nicht davon aus, dass dies in Zukunft erreicht wird.<sup>1</sup> Aufgrund der nichterreichten Zielsetzung des Programmes und den potenziellen Negativauswirkungen auf das (Berufs-)Bildungssystem gibt es für den SBV keine Rechtfertigung, diese spezifische Ausnahmeregelung dauerhaft beizubehalten.

### **Verlust der Praxisorientierung an Fachhochschulen**

Der SBV betrachtet es kritisch, wenn Studiengangsleitende der Fachhochschulen angeben, dass die gymnasiale Matur eine bessere Vorbereitung auf die Fachhochschulen sei, als die Berufsmaturität.<sup>2</sup> Eine starke Praxisorientierung ist jedoch ein wesentlicher Vorteil der Fachhochschulen gegenüber den Hochschulen. Dieser Ansatz entspricht dem ursprünglichen Auftrag der Fachhochschulen: Absolventinnen und Absolventen mit einer Berufsmaturität den Zugang zu einem praxisnahen Studium auf der Tertiärstufe A zu ermöglichen. Sollte der Fokus der Fachhochschulen zunehmend auf Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ausgerichtet werden, droht eine schleichende Abkehr von ihrer Praxisorientierung. Um die Qualität des dualen Berufsbildungssystems zu sichern, ist es entscheidend, dass die unterschiedlichen Profile zwischen Fachhochschulen und Hochschulen auf der Tertiärstufe A klar erhalten bleiben.

### **Fehlanreize beim Übergang in die Sekundarstufe II als Grundproblem**

Jugendliche, die heute über PiBS in die Berufsbildung integriert werden, hätten beim Übergang von der Sek I zur Sek II für die Berufsbildung gewonnen werden sollen. Statt Ressourcen in das PiBS-Programm zu investieren, sollte frühzeitig auf Massnahmen gesetzt werden, die solche Jugendliche für die Vorteile der Berufsbildung sensibilisieren. Mit PiBS wird der gymnasiale Bildungsweg jedoch weiter aufgewertet, da Absolventinnen und Absolventen der gymnasialen Maturität ein weiterer Bildungsweg eröffnet wird. Dies schwächt die Attraktivität der beruflichen Grundbildung.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen. Bei möglichen Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Schweizerischer Baumeisterverband



**Bernhard Salzmann**  
Direktor



**Marc Aurel Hunziker**  
Vizedirektor, Leiter Bildung

<sup>1</sup> econcept (2023): Wirkungsanalyse zum Praxisintegrierten Bachelorstudiengang PiBS. Schlussbericht, 30. August 2023. Seite 6.

<sup>2</sup> econcept (2022): Evaluation 2021 zur Studierfähigkeit der Berufsmaturitätsabsolventen/innen. Schlussbericht, 10. Februar 2022. Seite 39.



Au cœur de la forêt

**Schweizerischer Forstverein**  
**Société forestière suisse**  
**Società forestale svizzera**

Regina Wollenmann  
Präsidentin SFV  
Rosenweg 1  
CH-7000 Chur

Tel +41 (0)76 572 73 44

[www.forstverein.ch](http://www.forstverein.ch)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
per E-Mail an:  
[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Chur, 28. November 2024

**Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) Stellung zu nehmen.

Der Schweizerische Forstverein (SFV) setzt sich für die Erhaltung des Waldes und dessen Funktionen im Dienst der Allgemeinheit sowie für die Förderung einer nachhaltigen, möglichst naturnahen und gesunden Waldwirtschaft ein. Eine wichtige Vereinsaufgabe ist dabei auch die Förderung der Berufsausbildung sowie der Weiter- und Fortbildung, insbesondere der Waldfachleute mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss.

Der Schweizerische Forstverein begrüsst die geplante Änderung mit Artikel 25a «Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis» im HFKG ausdrücklich. Gerade der Bachelor of Science Waldwissenschaften dürfte von dieser Anpassung profitieren. Einerseits durch einen zu erwartenden Anstieg des Frauenanteils am Studiengang und andererseits durch attraktive Praktikumsplätze. Je mehr Vorwissen vorhanden ist, desto interessanter können in Verwaltungen und privaten Büros die Praktikumsarbeiten gestaltet werden und desto mehr solche Praktikumsplätze werden auch angeboten.

Der Schweizerische Forstverein bittet Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die geplante Änderung umzusetzen und wird in der Folge den Hochschulrat ersuchen, den Bachelorstudiengang Waldwissenschaften in die Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis aufzunehmen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Forstverein

Dr. Regina Wollenmann  
Präsidentin

Herr Bundesrat  
Guy Parmelin  
Vorsteher des eidgenössischen Departements  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Versand per E-Mail an: [sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Zürich, 4. Dezember 2024

## Stellungnahme zur Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiums

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Frau Henrich

Für gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft und interessierte Kreise besteht die Möglichkeit, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) betreffend Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiums ([Vernehmlassung 2024/55](#)) zu äussern. Dankend nimmt scienceindustries als Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences – aufgrund der grossen Bedeutung der Hochschul- und Berufsbildung für unsere Mitgliedsunternehmen – diese Möglichkeit wahr.

**scienceindustries nimmt eine Verstetigung des PiBS-Programms zur Kenntnis und stützt die Forderung der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK), im Falle einer Verstetigung, eine Evaluationsklausel vorzusehen.** Ein Mehrwert für Unternehmen ohne Negative Auswirkungen auf das Bildungssystem muss ersichtlich sein. Im Folgenden möchten die Industrien Chemie Pharma Life Sciences ihre Einschätzungen hinsichtlich der Weiterführung des praxisintegrierten Bachelorstudiums (PiBS) vorbringen.

### Berufsbegleitendes Studium wird unterstützt, PiBS wird kaum genutzt

scienceindustries setzt sich im Interesse ihrer rund 250 Mitgliedunternehmen dafür ein, dass die Schweiz weiterhin zu den innovationsfreundlichsten Wirtschaftsstandorten weltweit gehört. Die hiesige Standortattraktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gründet unter anderem auch auf ein qualitatives Berufssystem, die unsere Industrien mit qualifizierten Fachkräften versorgt. Zunächst möchten wir betonen, dass wir grundsätzlich die Förderung berufsbegleitender Studiengänge befürworten, da sie eine Möglichkeit für ausgebildete Berufsleute bieten, sich weiter zu qualifizieren und der Wirtschaft bereits während des Studiums zur Verfügung zu stehen. Dies kommt auch den Unternehmen zugute.

Vom PiBS-Programm wird seitens der chemisch-pharmazeutischen Industrie bislang in geringem Masse Gebrauch gemacht und teilweise bestehen unterschiedliche Erfahrungen damit. Nach Einschätzungen unserer Mitgliedsunternehmen zum PiBS-Programm wurden auch gewisse Bedenken deutlich, die in den Diskussionen um die Verstetigung des PiBS-Programms beachtet werden sollten. Diese Punkte werden im Folgenden näher erläutert.

## **Mangelnde Praxiserfahrung bei Maturandinnen und Maturanden**

Gymnasiastinnen und Gymnasiasten können gemäss Verordnung des WBF über die Zulassung zu Fachhochschulstudien nach einem einjährigen Praktikum an einer Fachhochschule studieren. Das PiBS-Programm öffnet ihnen im MINT-Bereich den Zugang zu Fachhochschulen trotz fehlender Arbeitswelterfahrung. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Rahmen des PiBS berufsbegleitend auszubilden, ist für Unternehmen der Industrien Chemie Pharma Life Sciences – hier vor allem in den Labor- und Produktionsberufen – nicht attraktiv und bringt wenig Mehrwert.

Eine Gymnasiastin oder ein Gymnasiast kann nicht ohne Weiteres als Fachkraft beispielsweise in einem Labor eingesetzt werden. Dafür braucht es eine Ausbildung. Dies bindet jedoch einerseits Stellen, andererseits Fachkräfte in den Unternehmen. Es verlangt von den Ausbildungsbetrieben einen grossen Zeit-, Personal- und Betreuungsaufwand. In den Industrien Chemie Pharma Life Sciences sollte die Förderung von berufsbegleitenden Studiengängen an den Fachhochschulen in erster Linie bei den ausgebildeten Berufsleuten im angestammten Beruf ansetzen, zumal diese die notwendige Praxis mitbringen und somit auf Antrieb Produktivität und Mehrwert für die Unternehmen vorweisen können.

## **Konkurrenz der Bildungssysteme und Abwertung der Berufsbildung**

Aufgrund der Bindung von Ressourcen bei den Unternehmen besteht beim PiBS-Programm die Gefahr, dass dieses in Konkurrenz zur Berufsausbildung tritt. Die Ausbildungsplätze mit den notwendigen Fachkräften in den Laboratorien und Produktionsbetrieben sind begrenzt. In den Betrieben gibt es einerseits nicht mehr Ausbilderinnen und Ausbilder, aber dafür eine zusätzliche Gruppe von Auszubildenden. Sie können entweder für Lernende in einer beruflichen Grundbildung oder für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in einem PiBS-Programm zur Verfügung gestellt werden. Das eine verdrängt unweigerlich das andere.

Andererseits ist die Konkurrenz durch die beschränkte Infrastruktur insbesondere in den Life-Science-Berufen gegeben, denn die Labore werden nicht grösser und die Laborausbildungsplätze werden nicht mehr. Ein PiBS-Ausbildungsplatz kann folglich nur zulasten einer Lehrstelle vergeben werden. Bei der Ausgestaltung von PiBS ist es deshalb wichtig, das duale Bildungssystem mit einer qualitativ hochstehenden Berufsbildung nicht zu schwächen. Denn der Fachkräftemangel ist nicht zuletzt in jenen Branchen und Berufsfeldern ausgeprägt, die auf Fachkräfte mit Berufslehre und anschliessender höherer Berufsbildung mit Praxiserfahrung angewiesen sind.

## **Entfernung der Fachhochschulen von Praxisorientierung**

Berufsleute sind zudem auch bei Ausbildungsplätzen an den Fachhochschulen durch Abgängerinnen und Abgänger von Gymnasien konkurrenziert. Eine starke Praxisorientierung der Fachhochschulen kommt der Wirtschaft aber zugute. Dies entspricht auch ihrem ursprünglichen Zweck, einen Zugang zu einem praxisorientierten Tertiär-A-Studium für Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmaturität zu bieten. Wenn die Fachhochschulen sich vermehrt auf Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ausrichten, besteht die Gefahr, dass die Praxisorientierung darunter leidet. Praxisintegration beim Studium ist grundsätzlich erstrebenswert, was bei Gymnasialabgängerinnen und -abgängern jedoch mit einer Erhöhung des Praxisanteils in den universitären Studiengängen zielführender wäre.

Insgesamt geht hervor, dass PiBS bisher, entgegen der ursprünglichen Zielsetzung, nur einen sehr geringen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels erzielen konnte. Dabei ist es für scienceindustries entscheidend, dass keine Verwässerung der Profile auf der Tertiärstufe stattfindet und dass weder die Berufsmaturität noch die berufliche Grundbildung insgesamt geschwächt werden. Der Regelzugang an die Fachhochschulen soll weiterhin primär über die Berufsbildung geschehen, denn die vorgängige Arbeitswelterfahrung stellt einen wesentlichen Vorteil dar.

## **Bedingungen einer Verstetigung: Evolutivklausel, Kriterien und Ausbildungsvertrag**

scienceindustries stützt die Forderung der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK), im Falle einer Verstetigung, eine Evaluationsklausel vorzusehen. Es gilt zu beobachten und regelmässig zu prüfen, ob PiBS negative Auswirkungen auf die Bildungssystematik hat und das betriebliche Angebot an klassischen Lehrstellen verdrängt. Für den Fall, dass PiBS-Stellen zuungunsten der Lehrstellen geschaffen werden, stellt die Evaluationsklausel ein entsprechendes Monitoring und einen Handlungsspielraum sicher.

Darüber hinaus fordert scienceindustries, dass eine Kohärenz in der Begründung und Umsetzung von Ausnahmeregelungen sichergestellt wird. In Zukunft müsste es klare Kriterien geben, wonach von den Branchen initiierte Ausnahmen überhaupt in Betracht gezogen werden. Bei solchen Ausnahmen müsste beispielsweise begründet und plausibel aufgezeigt werden, dass das Durchlaufen eines Praktikums vorgängig zum Studium für potenzielle Studierende faktisch unmöglich ist. Ein Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb muss zudem zwingend über die gesamte Studiendauer eingegangen werden oder, falls nicht möglich, ein Eignungstest absolviert werden. Das Einführen eines Eignungstests müsste ebenfalls begründet aufgezeigt werden. Die Studiendauer muss sich zudem mindestens um ein Jahr verlängern.

Eine attraktive Ausgestaltung von PiBS, die einen ersichtlichen Mehrwert für die Unternehmen bringt und keine negativen Auswirkungen auf das Berufsbildungssystem hat, begegnet auch den Anliegen der Industrie.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Ausführungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

scienceindustries



Dr. Stephan Mumenthaler  
Direktor



Noël Palushaj  
Fachexperte Wirtschaftspolitik / BFI



Schweizerische Plattform der Ausbildungen im Sozialbereich  
Plate-forme suisse des formations dans le domaine social

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation SBFJ

Per E-Mail an:

[sonja.henrich@sbfi.admin.ch](mailto:sonja.henrich@sbfi.admin.ch)

Bern, 03.12.2024

## **Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme der Schweizerischen Plattform der Ausbildungen im Sozialbereich (SPAS)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Obwohl die Schweizerische Plattform der Ausbildungen im Sozialbereich (SPAS) nicht direkt zur Vernehmlassung zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) eingeladen wurde, erlauben wir uns, im Folgenden eine Stellungnahme zu formulieren.

Die SPAS ist eine gesamtschweizerische Vereinigung von Höheren Fachschulen (HF) im Sozialbereich. Sie vertritt 20 private und öffentliche Schulen, an denen jährlich über 4'000 Studierende unterrichtet werden. Der Sozialbereich gehört (neben Gesundheit, Technik und Wirtschaft) zu den vier Branchen, welche am meisten HF Abschlüsse hervorbringen.

**Es ist uns bewusst, dass die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen derzeit nur den MINT-Bereich betreffen. Allerdings befürchten wir, dass rasch Begehrlichkeiten aus anderen Branchen aufkommen könnten, sobald das neue Modell gesetzlich verankert und in Betrieben und Schulen etabliert wäre.**

## Allgemeine Bemerkungen:

Die SPAS begrüsst ausdrücklich Massnahmen zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld. Die SPAS lehnt aber die Verstärkung des «PiBS»-Pilotprojekts im Bundesgesetz ab. Die Vorlage ist gemäss Wirkungsanalyse 2023 gesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich nicht legitimiert. Vielmehr stellt sie das Erfolgsmodell der Schweizer Tertiärstufe – ein Nebeneinander von forschungsorientierten Hochschulen und praxisorientierter Höherer Berufsbildung – in Frage und öffnet den Weg für eine umfassende Akademisierung weiterer Berufsfelder und Branchen.

## Rückmeldung zu einzelnen Änderungsvorschlägen der Vorlage:

- Die SPAS unterstützt die sprachliche Anpassung im Bundesgesetz durch den Ersatz des Ausdrucks «Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen» durch «Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen».
- Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis

Die SPAS lehnt den Artikel aus folgenden Gründen ab:

- **Ziel verfehlt**

Die Wirkungsanalyse kommt zum Schluss, dass PiBS «weder die Anzahl MINT-Fachkräfte noch den Frauenanteil an MINT-Fachkräften substanziell erhöht» und dies «voraussichtlich auch künftig nicht tun» wird. Es liegt somit gesellschaftlich und makroökonomisch betrachtet keine massgebliche Verbesserung der zu bekämpfende Situation vor.

- **Schwächung der Beruflichen Grundbildung**

Gemäss Wirkungsanalyse geben drei von vier Partnerunternehmen mit längerem Erfahrungshintergrund an, dass die Anstellung von PiBS-Studierenden eher zu einer Reduktion der Lehrstellen (EFZ) geführt habe. Dazu kommt, dass ein massgeblicher Teil der Unternehmen (26 %) die Anstellung von PiBS-Studierenden gegenüber der Anstellung von Lernenden für finanziell attraktiver hält.

- **Bildungssystematisch bedenklich**

Die im erläuternden Bericht gemachte Aussage, dass die Vorlage keine Auswirkungen auf das schweizerische Bildungssystem hätte, bezweifelt die SPAS. In der Analyse des SBFJ werden die Auswirkungen auf die Höhere Berufsbildung und die HF ausser Acht gelassen. Die beabsichtigte Gesetzesänderung blendet die Konkurrenzierung der (Höheren) Berufsbildung aus. Sie präsentiert einen neuen Hochschul-Studiengangstyp, der die gesamtgesellschaftlich und -wirtschaftlich relevante (Höhere) Berufsbildung mittel- und langfristig bedroht.

Die SPAS vertritt die Auffassung, dass die Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich in erster Linie über die berufliche Grundbildung sowie die Höhere Berufsbildung angegangen werden muss. Dort kann auf im Arbeitsmarkt bewährte und systemkonforme Bildungsmodelle und -wege zurückgegriffen werden. Diese Lösungen wären zudem an Berufsfachschulen und Höheren Fachschulen für die Allgemeinheit deutlich günstiger zu realisieren als an Fachhochschulen.

Wir möchten an dieser Stelle untermauern, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und der Höheren Berufsbildung nicht nur der effektivere Weg wäre, um den akuten Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen, sondern auch entscheidend, um die Stärken beider Bildungswege optimal zu kombinieren. Die Fachhochschulen können von der Praxisnähe und der tief verwurzelten Berufserfahrung profitieren, die die Höhere Berufsbildung auszeichnet, während die Höhere Berufsbildung durch den Zugang zu den wissenschaftlichen Ressourcen der Fachhochschulen gestärkt würde.

Nur durch eine enge Kooperation können wir zukunftsfähige Bildungsabschlüsse schaffen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden und gleichzeitig die Qualität und Vielfalt der Schweizer Bildungslandschaft sichern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Ihre allfälligen Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Alexandre Etienne, Co-Präsident der SPAS



Christoph Urech, Co-Präsident der SPAS



Siméon Seiler, Geschäftsleiter der SPAS



## Modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)

### Prise de position du Conseil suisse de la science dans le cadre de la procédure de consultation

Novembre 2024 / Secrétariat CSS

---

Le Conseil suisse de la science (ci-après: CSS ou Conseil) fait part de sa position dans le cadre de la procédure de consultation sur l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE), qui s'est déroulée du 4 septembre au 4 décembre 2024. La présente prise de position, signée par la présidente du CSS Sabine Süssstrunk, a été approuvée par l'ensemble du Conseil lors de sa séance plénière des 25 et 26 novembre 2024.

En 2016, dans le cadre de son rapport sur les principes et les actions nécessaires à un système de formation et de recherche durable<sup>1</sup>, le CSS s'était déjà exprimé sur les filières d'études bachelor intégrant une partie pratique (PiBS) dans le domaine des mathématiques, de l'informatique, des sciences naturelles et de la technique (MINT). À l'époque, les hautes écoles spécialisées (HES) commençaient à offrir des filières PiBS et le Conseil s'inquiétait que cette nouvelle voie alternative puisse potentiellement concurrencer la maturité professionnelle comme voie d'accès privilégiée aux études en HES. Le Conseil recommandait alors d'évaluer les effets de cette mesure sur la différenciation ou la convergence du profil des HES par rapport aux hautes écoles universitaires (HEU).

Sur ce point, ni l'évaluation réalisée en 2019<sup>2</sup> ni l'analyse d'impact réalisée en 2023<sup>3</sup> n'ont constaté d'effet négatif des filières PiBS sur le système de formation. Celles-ci ne concurrencent pas le modèle standard reposant sur l'apprentissage et la maturité professionnelle, qui reste très nettement majoritaire. Les filières PiBS complètent les offres existantes dans la formation professionnelle initiale et constituent une mesure pragmatique, qui satisfait l'ensemble des parties prenantes concernées. C'est pourquoi, le CSS soutient sans réserve la pérennisation de cette mesure à travers la modification de la LEHE proposée.

En conclusion, il ne faut toutefois pas perdre de vue que le problème public que les PiBS doivent participer à résoudre est la pénurie de spécialistes dans le domaine MINT. Les évaluations indiquent que même si le nombre d'étudiants PiBS a continuellement augmenté, il demeure trop faible pour avoir un effet significatif sur cette pénurie. Du point de vue du Conseil, compte tenu de la faible

---

<sup>1</sup> Schweizerische Wissenschaftsrat SWR (2016), *Anforderungen für ein nachhaltiges Bildungs- und Forschungssystem*. [https://wissenschaftsrat.ch/images/stories/pdf/de/Anforderungskatalog-Inhalt\\_DE\\_v06-web.pdf](https://wissenschaftsrat.ch/images/stories/pdf/de/Anforderungskatalog-Inhalt_DE_v06-web.pdf)

<sup>2</sup> Amann, F. *et al* (2019). *Schlussevaluation des Praxisintegrierten Bachelorstudiengangs PiBS an Fachhochschulen*. [https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/webshop/2019/pibs.pdf.download.pdf/schlussevaluation\\_pibs\\_econcept.pdf](https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/webshop/2019/pibs.pdf.download.pdf/schlussevaluation_pibs_econcept.pdf)

<sup>3</sup> Amann, F. *et al* (2023). *Wirkungsanalyse zum Praxisintegrierten Bachelorstudiengang PiBS*. [https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/2024/04/wirkungsanalyse\\_zum\\_praxisintegrierten\\_bachelorstudiengang\\_pibs.pdf.download.pdf/wirkungsanalyse\\_zum\\_praxisintegrierten\\_bachelorstudiengang\\_pibs\\_de.pdf](https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/2024/04/wirkungsanalyse_zum_praxisintegrierten_bachelorstudiengang_pibs.pdf.download.pdf/wirkungsanalyse_zum_praxisintegrierten_bachelorstudiengang_pibs_de.pdf)

croissance relative des effectifs dans les filières MINT HES par rapport aux autres filières HES, toute mesure susceptible d'augmenter l'attractivité des filières MINT, sans pour autant engendrer d'effet systémique négatif, est salubre.

Au nom du Conseil suisse de la science



Sabine Süssstrunk, présidente

Pour toute information complémentaire, prière de contacter:

Conseil suisse de la Science  
Secrétariat  
Einsteinstrasse 2  
CH-3003 Bern  
Tel.: +41 58 463 00 48  
Fax: +41 58 463 95 47  
[praesidium@swr.admin.ch](mailto:praesidium@swr.admin.ch)